



# RESPEKT!



ZEITSCHRIFT FÜR LESBEN- UND SCHWULEN POLITIK

## SAARLAND

Gleichstellung mit  
Verfassungsrang

## SACHSEN-ANHALT

Gegen das Vergessen

## KÖLN

Beratung für Transsexuelle

## HAMBURG

Partnerschaft mit  
St. Petersburg

## NIGERIA

Gebete und Coming-out

## UNGARN

Diktatur der Mehrheit



### 10 JAHRE

Eingetragene Lebenspartnerschaft

# Teamaufstellung

Lesben und Schwule spielen mit

TITEL	BUNDESVERBAND	HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG
12 Auf die Plätze Nachhaltig gegen Homophobie	05 Erfolgreich Zehn Jahre Eingetragene Lebenspartnerschaft	22 UN Mehr Unterstützung für sexuelle Minderheiten
13 Soccer Sounds 90 Minuten gegen Diskriminierung	10 Ohne Fotos Faire Bewerbungsverfahren	23 Nigeria Menschenrechte in Gefahr
13 Kampagne Fußball ist auch lesbisch	11 Nicht erwünscht Blut von Schwulen	24 Nordafrika Politischer Frühling
14 WM-Teams Rechtliche Situation in den Ländern	<b>LÄNDER</b>	25 Entwicklungspolitik Neue Ausschreibung
15 WM-Spielplan Wer spielt? Und wann?	17 Aktionsplan Neue Landesregierungen	26 Ungarn Eingeschränkte Demokratie
16 Viel zu tun Erwartungen an die Spielerinnen	18 Nicht Vergessen Stolpersteine für Homosexuelle	<b>RUBRIKEN</b>
	19 Transsexualität Ende des Operationszwangs	02 Impressum
	19 Partnerschaft Hamburg und St. Petersburg	03 Editorial
		04 Pressespiegel

Seite 06-07

Seite 08-09

Seite 20-21



Foto: Caro Kadatz

**3+ Verfassungsrecht**  
50.000 Unterschriften und Erfolg  
im Saarland



Foto: Caro Kadatz

**Starkes Team**  
Beschlüsse und Bilder des  
23. LSVD-Verbandstags



Grafik: Ralf König

**Katholisch**  
Der Papst kommt und ist ein  
schlechter Arbeitgeber

## impressum!

**Respekt** • Zeitschrift für **Lesben- und Schwulenpolitik** • ISSN 1431-701X • **Herausgegeben** vom **Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e.V.**

**Redaktion:** Renate Rampf (V.i.S.d.P.), Franka Braun, Günter Dworek, Klaus Jetz, Markus Ulrich • **Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Axel Blumenthal, Manfred Bruns, Axel Hochrein, Imke Karge, Uta Kehr, Wanja Kilber, Hasso Müller-Kittkau, Martin Pfarr, Wolfgang Preussner, Deborah Reinert, Christian Rudolph, Dirk Siegfried

**Grafik & Layout:** Franka Braun • **Titelgrafik rechts:** Franka Braun • **Titelfoto links:** LSVD-Archiv • **Druck:** Solo Druck, Köln • **Auflage:** 7.500

**Redaktionsanschrift:** LSVD-Pressestelle, Chausseestraße 29, 10115 Berlin • Tel.: (030) 78 95 47 78, Fax: (030) 78 95 47 79 • E-Mail: [presse@lsvd.de](mailto:presse@lsvd.de), Internet: [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. November 2009. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Lesben- und Schwulenverband

# Ist das noch politisch?



Foto: Carol Kadatz

**Renate Rampf**

Pressesprecherin des LSVD

In Dresden, Hamburg, Magdeburg und Mainz hat sich der LSVD am Internationalen Tag gegen Homophobie mit flashmobs beteiligt. Auch unsere Partner in St. Petersburg waren dabei. Vor Rathäusern und auf großen Plätzen wurden Hunderte von Luftballons steigen gelassen. Niemand fragte, ist das denn politisch? In Minsk wurde die Aktion mit dem Verweis auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit untersagt, am gleichen Tag verbot auch Moskau, die für den 28. Mai geplante Pride Parade. Ljudmila Schwezowa, Bürgermeisterin von Moskau heuchelte, sie sei um die Sicherheit der teilnehmenden „sexuellen Minderheit“ besorgt. Es kümmert sie auch nicht, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte das letzte CSD-Verbot in Moskau als diskriminierend und rechtswidrig verurteilt und dem Organisator der Parade Nikolai Alekseev in allen Punkten Recht gegeben hat.

Die Religiösen unterstellen sexuelle Motive und wollen keine Demonstration der Selbstbestimmung von Körpern und Liebesformen. Aber woher kommt die Angst der politischen Eliten? Sie könnten doch beruhigt sein: Homosexuelle werden immer in der Minderheit bleiben und sind viel zu wenig anerkannt, um revolutionäre Massen zu mobilisieren. Vielleicht wirkt Homosexualität so bedrohlich, weil sie nicht wegzukriegen ist. Weder durch Verfolgung oder Ächtung, nicht durch die Privilegierung der Heterosexuellen und auch nicht durch Umerziehung oder soziale Reformen. Es ist diese Penetranz des Beharrens, die Angst macht. Die öffentliche Darstellung der Eigenständigkeit des Liebens und diese unverbindliche Gemeinschaftlichkeit, die sich einstellen kann, wenn Lesben, Schwule und Transsexuelle tanzend und küssend durch die Straßen ziehen, ist allen Diktatoren, Ideologen und Demagogen ein Dorn im Auge.

Sollen wir den CSD feiern, fragten im März zwei junge Lesben aus Brno, der zweitgrößten Stadt Tschechiens, die Teilnehmenden einer internationalen Lesbenkonferenz in Dresden. Eigentlich sei die Parade für sie wichtig, aber es gäbe so viel Kritik: von der Stadt, der politischen Rechten und der Szene. Es fehle an Zuspruch und Ermutigung.

Der Sommer kommt und mit ihm die CSD-Saison in Deutschland. Zufällig, geradezu anarchisch folgt eine Stadt nach der anderen. Manche CSDs werden von Regenbogenfahnen an Rathäusern oder Landtagen begleitet, manche von prominenten Gästen begrüßt, manche vom LSVD organisiert und manchmal laufen wir nur mit. Und die Frage wird wieder kommen: Ist der CSD noch politisch? Sie stellen zu können, ist auch Ausdruck der Sicherheit, hier nicht von willkürlichen Verboten betroffen zu sein. Eine politische Freiheit, die wir pflegen sollten, mit Paraden, flashmobs und vielem mehr.

Es gibt den CSD nicht im Singular. Jeder ist anders. Unvergleichbar die Orte, die Teilnehmenden, das Publikum und die Ausstattung. In Saarbrücken haben Diskussionen vor aufmerksam Zuhörenden und das jährlich wiederkehrende Nachfragen dazu geführt, dass die saarländische Verfassung ergänzt wurde. In Stuttgart wird die Parade erstmalig einen Ministerpräsidenten begrüßen dürfen, nach Jahren der Ignoranz durch vorige Landesregierungen. In Berlin ziehen die Demonstrierenden an tausenden aufgeregten Touristen vorbei. Da richten gut gekleidete Hetero-Pärchen (die sich zur Sicherheit noch mal schnell an den Händen ergreifen) ohne jede Scham ihre Kamera auf die Teilnehmenden. Überall gibt es diese Gaffer, die zwischen Sensationslust und Ekel schwanken. Ihnen sollten wir es zeigen: Einfach ganz normal richtig küssen. Keine Frage, das ist unverzichtbar und hochpolitisch.

Der LSVD wünscht allen Tanzenden, Küssenden und Mitlaufenden eine wunderbare, lustige und politisch erfolgreiche CSD-Saison.



## 10. Februar 2011: Der Staat und das Skalpell

Das Bundesverfassungsgericht hat eine der wesentlichen Bestimmungen des bestehenden Transsexuellengesetzes für verfassungswidrig erklärt. (...) Die rechtliche Änderung des Geschlechts dürfe nicht ausnahmslos von einer Operation abhängig gemacht werden. „Praktisch bedeutet dies, dass der Zwang zur operativen Angleichung der Geschlechtsmerkmale und zur Herstellung der Fortpflanzungsunfähigkeit vom Tisch ist“, sagt LSVD-Sprecher Manfred Bruns (...) und stellt fest: „Mittlerweile hat das Bundesverfassungsgericht eine solche Menge von Vorschriften für ungültig erklärt, dass vom Transsexuellengesetz nur noch Trümmer übrig sind.“

## die tageszeitung

### 22. März 2011: Homophobe Inhalte im App-Store: 130.000 unterzeichnen Online-Petition

„Du musst nicht schwul sein! Du kannst ein Leben voller Erfüllung und Seeligkeit führen, so wie Gott es vorgesehen hat.“ Der Weg zu dieser versprochenen Seeligkeit sei ganz leicht, sagen die fundamental-christlichen Schwulenhasser der US-Organisation „Exodus International“ (...) Dass der IT-Konzern Apple derartig homophobe Hasstiraden durch das Angebot des Apps von Exodus International auch noch indirekt unterstützt, sorgt jetzt für eine Protestbewegung im Netz. (...) „Solche homophoben und fundamentalchristlichen Inhalte haben bei seriösen Anbietern nichts zu suchen“, sagte Geschäftsführer Klaus Jetz gegenüber taz.de. Apple habe offensichtlich ein Problem mit Schwulen und Lesben, auch wenn intern harte Anti-Diskriminierungsstrategien gefahren würden.

### 25. März 2011: Schlusslicht bei der Gleichstellung. Lesben und Schwule in Baden-Württemberg

(...) „Wir sind in Baden-Württemberg absolutes Schlusslicht“, sagt die Landesvorsitzende des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland (LSVD), Brigitte Aichele-Frölich. „Das liegt eindeutig an der schwarz-gelben Regierung. Auch Ministerpräsident Mappus als Person ist nicht gewillt, das anzugehen.“ Auf seiner Webseite schreibt der Verband, die „homophobe Landesregierung“ müsse „endlich abgesetzt werden“. Dass Mappus es 2009 abgelehnt hat, die Schirmherrschaft über den Christopher-Street-Day (CSD) zu übernehmen, verübelt ihm die Szene noch heute.

## net tribune

### 30. März 2011: 50.000 Unterschriften für besseren Grundrechtsschutz von Lesben und Schwulen

Berlin: Mit der Übergabe von 50.000 Unterschriften an das Bundesjustizministerium hat der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) seiner Forderung nach einer Verfassungsänderung Nachdruck verliehen. (...) „Der LSVD fordert eine Ergänzung des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen Identität. Lesben, Schwule, Transgender und intersexuelle Menschen sollen so ausdrücklich in den Diskriminierungsschutz des Gleichbehandlungsartikels aufgenommen werden“, sagte Sprecher Axel Hochrein. Dass ein solches Bekenntnis bislang fehle, habe negative Auswirkungen auf die Gesetzgebung, die Werteorientierung der Gesellschaft und die Lebenssituation der betroffenen Menschen.

## dieStandard.at

### 31. März 2011: Niederlande: Zehn Jahre Ehe für Lesben und Schwule

(...) Manfred Bruns, Sprecher des deutschen Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD), gratulierte in einer Aussendung den BürgerInnen zu „ihrem klaren Bekenntnis zu Akzeptanz und Gleichstellung von Lesben und Schwulen.“ Ein Schritt, der sich laut Bruns gelohnt hat: „Heute sind die Niederlande der Staat in Europa, in dem die geringsten Vorbehalte gegen Homosexuelle bestehen.“ (...) Bruns nennt die Niederlande ein Vorbild. „2001 mussten wir hier in Deutschland noch gegen die Widerstände aus Union und FDP kämpfen, die im Bundestag sogar das Gesetz zur Eingetragenen Lebenspartnerschaft abgelehnt hatten. Dieses Rechtsinstitut haben mittlerweile auch CDU/CSU anerkannt, sie sprechen sich aber weiter gegen die volle Gleichstellung aus.“

## SPIEGEL ONLINE

### 01. April 2011: Best of Aprilscherz Papst trifft sich mit Schwulen und Lesben

„Die Pius-Brüder fürchten eine „sexualpolitische Wende“ und eine „päpstliche Diktatur des Relativismus“ - schreibt zumindest der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) auf seiner Website. Der Grund für die Angst: Am Rande seines Deutschlandbesuches werde sich Papst Benedikt XVI. am 22. September 2011 mit LSVD-Vertretern treffen. Der Verband begrüßt die „neue Dialogbereitschaft des Papstes“. Schließlich handele es sich um das weltweit erste offizielle Treffen eines Papstes mit einem Lesben- und Schwulenverband. Das Gesprächsangebot des Vatikans komme überraschend (...)“

## Saarbrücker Zeitung

### 13. April 2011: Landesverfassung schützt jetzt Schwule und Lesben“

Hasso Müller-Kittnau, Sprecher des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) erklärte hierzu: „Damit wurde nicht nur ein starkes Zeichen für Akzeptanz, Toleranz und Respekt für die Würde gleichgeschlechtlich Liebender gesetzt, sondern auch eine staatliche Verpflichtung gegen bestehende Diskriminierung und für die rechtliche Gleichstellung in die Landesverfassung aufgenommen.“ Der LSVD Saar sieht die Entscheidung in seiner Pressemitteilung als das Ergebnis des jahrelangen Engagements des Verbands. Es sei die Aufgabe der Saarländischen Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP, so Müller-Kittnau, „nunmehr auch der entsprechenden Erweiterung im Grundgesetz Artikel 3 zuzustimmen und somit der neuen Landesverfassung Rechnung zu tragen.“

## die tageszeitung

### 10. Mai 2011: Entscheidung am Europäischen Gerichtshof - Gleiche Rente für Homopaare

Eingetragene HomopartnerInnen müssen bei Besoldung und Rente mit Verheirateten gleichgestellt werden. Dies hat jetzt der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg in einem Grundsatzurteil angeordnet. Die Klage war vom Lesben- und Schwulenverband Deutschlands (LSVD) unterstützt worden. (...) Die Situation von eingetragenen Homopartnern und Verheirateten sei im Wesentlichen gleich. Insbesondere hätten Homopaare die gleichen Fürsorge- und Unterstützungspflichten wie in einer traditionellen Ehe.



### ZDF Heute, 10. Mai 2010, 19:00 Uhr EU-Gericht stärkt Rechte gleichgeschlechtlicher Paare

„Mit Spannung verfolgten die Mitarbeiter des Lesben- und Schwulenverbandes in Berlin heute die Urteilsverkündung aus Luxemburg, denn die Praxis bisher – für sie eine eindeutige Diskriminierung.“

# Bis hierhin und anders weiter

Zehn Jahre Eingetragene Lebenspartnerschaft

VON GÜNTER DWOREK

Das Lebenspartnerschaftsgesetz wird zehn Jahre alt. Am 1. August 2001 zogen die ersten Paare zum Standesamt. Die Rechtlosigkeit unserer Lebensgemeinschaften war zu Ende. Die Reform hat die Sichtbarkeit und Akzeptanz in der Gesellschaft spürbar erhöht. Seit schwule und lesbische Paare im Gesetz stehen, können gleichgeschlechtliche Lebensweisen nicht mehr so leicht ignoriert werden. Das reicht von den Bäckerei-Katalogen für Hochzeitstorten-Motive bis hin zur Thematisierung in Schulbüchern.

Wegen Blockaden im Bundesrat konnte 2001 nur ein Rumpf-Gesetzeswerk in Kraft treten. 2011 ist das Lebenspartnerschaftsrecht längst viel besser als sein Ruf. Durch permanenten politischen Druck in Bund und Ländern sowie Erfolge vor Gericht haben wir Stein für Stein an das ursprüngliche Gesetzesfundament angebaut. In den Bundesländern gefällt sich nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg nur noch das schwarz-gelb geführte Sachsen in der Rolle des halsstarrigen gallischen Dorfes, das der Gleichstellung im Landesrecht hartnäckigen Widerstand leistet. Auch auf Bundesebene ist die rechtliche Gleichstellung in den meisten Feldern erreicht oder doch zumindest auf den Weg der Gesetzgebung gebracht. Es fehlen im Wesentlichen noch die Gleichstellung im Einkommensteuerrecht und das gemeinschaftliche Adoptionsrecht.

Es ist wohl kein Zufall, dass gerade diese beiden Baustellen noch übrig geblieben sind. Denn sowohl das Ehegattensplitting für Mann und Frau wie auch ein ausschließlich Vati-Mutti-Kind akzeptierendes Familienbild sind heilige Kühe der Konservativen, die sie für unantastbar erklären.

Hier stehen uns noch grundsätzliche gesellschaftliche Debatten ins Haus, hier müssen wir weiter intensiv Überzeugungsarbeit leisten.

Gerade im Interesse der vielen Paare, die z.B. gegen Diskriminierung im Einkommensteuerrecht klagen, steht der LSVD in der Verantwortung, den bislang erfolgreichen Klageweg zur Vollendung der Eingetragenen Lebenspartnerschaft seriös weiterzugehen. Aber der 10. Jahrestag ist ein guter Anlass, parallel dazu politisch weiterzudenken. Denn die Eingetragene Partnerschaft ist letztlich doch ein Übergangskonstrukt aus dem letzten Jahrhundert. Das 21. Jahrhundert sollte der Öffnung der Ehe den Weg bahnen. Die Niederlande hatten hier schon 2001 den Anfang gemacht, jüngstes Mitglied im Club ist Argentinien, das 2010 die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnete. Für uns in Deutschland besonders interessant: Pionierstaaten der Eingetragenen Partnerschaft wie Schweden und Norwegen haben etwa fünfzehn Jahre nach Einführung dieser Rechtsinstitute beschlossen, keinen Unterschied mehr zu machen, sondern haben 2009 ebenfalls die Ehe geöffnet. Und sie haben Recht. Denn nur so wird zum Ausdruck gebracht, dass für lesbische Bürgerinnen und schwule Bürger real wie symbolisch kein minderes Recht gelten darf.

Der LSVD wird daher ab diesem Sommer die Forderung nach Öffnung der Ehe immer stärker in den Vordergrund rücken. Meinungsumfragen der letzten Jahre zeigen Zustimmungsraten bis zu 60% in Deutschland. Die Zahlen legen nahe: Auch unter Wertkonservativen muss es eine Menge Befürworterinnen und Befürworter der Gleichberechtigung geben.

Dennoch wird es nochmals eine große Debatte in der Gesellschaft werden. Strukturkonservative und Klerikale werden erneut versuchen, einen Kulturkampf zur Rettung des Abendlandes auszurufen. Wie schon bei ihrem Kreuzzug gegen das Lebenspartnerschaftsgesetz werden sie wieder den im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz der Ehe gegen unser Grundrecht auf Gleichstellung ins Feld führen.

In Kanada, Südafrika und einzelnen Bundesstaaten der USA haben die dortigen obersten Gerichte aus ihrem Grundrechtsverständnis heraus die Öffnung der Ehe als Verfassungsgebot angeordnet – aus Gründen der Gleichheit vor dem Gesetz und aus Respekt vor dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Dass unser Bundesverfassungsgericht diesem Beispiel folgen könnte, ist eher nicht zu erwarten. Die spannende Frage ist, ob es dem Gesetzgeber in den Arm fallen würde, wenn dieser einfachgesetzlich die Ehe öffnet. Das kann man sich nach den bisherigen Entscheidungen zum Lebenspartnerschaftsgesetz als auch zum Transsexuellenrecht kaum vorstellen. Hinsichtlich transsexueller Menschen hat das Verfassungsgericht bereits selbst den Grundsatz auf Verschiedengeschlechtlichkeit der Ehe durchbrochen, um schwerwiegende Diskriminierungen zu vermeiden.

In Deutschland liegt der Ball also zuallererst im Spielfeld der Politik. Wir als LSVD haben dabei die Aufgabe, aus der gesellschaftlichen Zustimmung eine politische Mehrheit im Bundestag zu erarbeiten. Aber wir haben ja eine gewisse Übung darin, Torchancen auch zu verwandeln.

10 Jahre Eingetragene Lebenspartnerschaft

## Einladung für den 30. Juli 2011 in Berlin

Aus Anlass des 10jährigen Inkrafttretens des Lebenspartnerschaftsgesetzes veranstaltet der LSVD einen ganztägigen Kongress im Großen Saal des Roten Rathauses in Berlin. Mit dabei sind Paare der ersten Stunde und internationale Gäste. Wir laden Euch herzlich ein, mit uns zu diskutieren, die Erfolge und das bislang Erreichte zu feiern.

Infos und Anmeldung unter [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)



Günter Dwork  
LSVD-Bundesvorstand

Foto: Caro Katalaz

# Lesben und Schwule in die Verfassung

3+ Unterschriften beim Bundesjustizministerium eingereicht

VON RENATE RAMPF



**D**rei mal drei Pakete mit Unterstützungslisten zur Forderung nach Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz (Artikel 3, Absatz 3 GG) um das Merkmal der sexuellen Identität hat der LSVD am 30. März 2011 dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz (BMJ) Dr. Max Stadler überreicht. Neben den 50.000 Unterschriften zeigt das Plakat mit der umfangreichen Liste von Verbänden, Gewerkschaften und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen, wie groß die Unterstützung für unser Anliegen ist.

In dem anschließenden Gespräch im BMJ betonten Axel Hochrein und Günter Dworek vom LSVD-Bundesvorstand die Bedeutung des Anliegens. Die lange und vielfältige Liste der 3+ Unterstützenden mache deutlich, dass die Forderung in der Mitte der Gesellschaft angekommen sei. Für den Vorstand des Deutschen Frauenrats war Dr. Elisabeth Botsch anwesend, auch mit dabei Aktive aus DGB und ver.di. Staatssekretär Stadler versicherte, dass die Unterschriftenpakete unserem Anliegen viel Gewicht verleihen würden.

Der Termin für die zweite Lesung der Gesetzesinitiative von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken steht noch nicht fest. Auf Landesebene sind inzwischen weitere Erfolge zu vermelden. Auch die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben sich zu einer Ergänzung des Grundgesetzes bekannt. Berlin, Hamburg und Bremen hatten das Anliegen bereits 2010 unterstützt. Inzwischen hat zudem das Saarland die Landesverfassung um das Merkmal der sexuellen Identität ergänzt. Ein sehr wichtiger Schritt.



Axel Hochrein, Dr. Max Stadler, Renate Rampf und Dr. Elisabeth Botsch vor dem Bundesjustizministerium

# Verfassung im Saarland ergänzt

Einstimmiges Votum im Landtag gegen Diskriminierung

VON HASSO MÜLLER-KITNAU

„Ja“, sagten laut zunächst Oskar Lafontaine (Linke) und SPD-Landeschef Heiko Maas von den harten Oppositionsbänken, aber auch Ministerpräsident Peter Müller (CDU) und Wirtschaftsminister Christoph Hartmann (FDP) riefen ein „Ja“ von der Regierungsbank. Die Politiker der Opposition hatten sich nicht vorgedrängt, sondern kamen in der namentlichen, alphabetischen Abstimmung der 3. Lesung des Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Saarländischen Verfassung zuerst an die Reihe. Fast zum Schluss der Abstimmung die langjährigen Fürsprecherinnen der Verfassungserweiterung Claudia Willger (Grüne) und Isolde Ries (SPD). Spannend bis zum letzten Aufruf. Niemand hat sich enthalten oder gar mit Nein votiert. Die Jamaika-Koalition (CDU, FDP, Grüne) hat Wort gehalten, und die Oppositionsparteien (SPD, Linke) waren dem Antrag beigetreten.

In der neuen Verfassung des Saarlandes lautet Artikel 12 Absatz 3:

**“Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden.“**

Der Diskriminierungsschutz für Lesben, Schwule, transsexuelle und intersexuelle Menschen hat nun im Saarland Verfassungsrang. Das setzt ein starkes Zeichen für Akzeptanz, Respekt und für die Würde gleichgeschlechtlich Liebender. Verbunden damit ist die staatliche Verpflichtung, gegen bestehende Diskriminierung und für die rechtliche Gleichstellung aktiv zu werden. In Zeiten, in denen „schwul“ zu den meist bemühten Schimpfwörtern gehört, hat diese Entscheidung Vorbildfunktion. Über die rechtliche

Bedeutung hinaus, wird die Ergänzung auch dazu beitragen, in den Köpfen der Menschen etwas zu verändern.

Der neuen Verfassung entsprechend stimmte der Landtag ebenfalls einstimmig für die Gleichstellung der verpartnerten Beamtinnen und Beamten beim Familienzuschlag. Bereits 2008, noch zu Zeiten der CDU-Alleinregierung, hatte das Saarland verpartnerte Beamte und Beamtinnen mit ihren verheirateten Kolleginnen und Kollegen in allen anderen Bereichen gleichgestellt. Auch diesem vom LSVD lancierten Gesetz hatten alle Fraktionen zugestimmt, es fehlte damals aber noch der mit der Ehe verbundene Zuschlag, der „Familienzuschlag“ genannt wird. Diese Lücke ist jetzt geschlossen.

## Einstimmige Beschlüsse

Dem LSVD ist es gelungen, alle Fraktionen für die Verfassungsänderung zu gewinnen. Ein wichtiges Druckmittel dafür sind die Podiumsdiskussionen, die wir traditionell zum CSD organisieren. Jahr für Jahr wurden aktuelle Forderungen formuliert und Politiker und Politikerinnen gedrängt, mehr für die Rechte von Schwulen und Lesben zu unternehmen. Wer dann nach zwei oder mehr Jahren erzählte, er würde ja gerne, aber die jeweilige Partei sei noch nicht so weit, wurde heftig ausgepöfeln. Die kontinuierlichen Diskussionen, bei denen wir wieder und wieder die gleichen Verantwortlichen befragten (Isolde Ries, Claudia Willger, Elke Ferner, Thomas Schmitt, Oliver Luksic, Barbara Spaniol, Thomas Lutze), setzten sehr ernsthafte Diskussionsprozesse in Gang. Niemand wollte sich blamieren oder vor dem Publikum schlechter dastehen. Dazu kommen eine kontinuierliche Hintergrund- und Pressearbeit. So werden im Saarland positive Veränderungen möglich.

## CDU Saarland im Bundestag

Bei der CDU scheint es auf den Koalitionspartner anzukommen. So windet sich der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, MdB Peter Altmaier. Einerseits für ein „klares Nein zur Diskriminierung“, aber gleichzeitig gegen eine Aufnahme des Begriffes der „sexuellen Identität“ in Artikel 3 GG. Vor der Abstimmung im Landtag argumentierte er, dass das Grundgesetz in dieser Angelegenheit „bereits einen umfassenden Schutz gewährleistet“. Aber das Argument hinkt. In der Anhörung des saarländischen Landtages verwies der LSVD darauf, dass außer den Homosexuellen keine Verfolgtengruppe der Nazizeit im Grundgesetz unerwähnt bleibt und das vorhandene Grundgesetz die über 50.000 nach §175 verfolgten Männer nicht vor dem Gefängnis bewahrt hat.

Der LSVD Saar fordert nun die saarländischen Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP in einem offenen Brief auf, auch der entsprechenden Erweiterung im Grundgesetz Artikel 3 zuzustimmen und somit der neuen Landesverfassung Rechnung zu tragen. Wir sind gespannt: Werden die Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP aus dem Saarland den Auftrag ihrer Landesverfassung ernst nehmen? Oder wollen sie gleich bei der ersten Gelegenheit zeigen, dass der Fraktionszwang wichtiger ist? Der nächste CSD steht vor der Tür: Wir werden ihnen auf die Finger schauen.



**Hasso Müller-Kittnau**  
LSVD-Bundesvorstand  
und Vorstand LSVD Saar

3+

Forderung, Argumente,  
Gesetzesinitiativen und  
die Liste der Unterstützenden

[www.artikeldrei.de](http://www.artikeldrei.de)

# Engagement für gleiche Rechte

Der 23. LSVD-Verbandstag

**E**inmal im Jahr lädt der LSVD zum Bundesverbandstag. Dieses Jahr fand er am 02./03. April 2011 in Köln statt. Im Namen der Stadt begrüßte die Kölner Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes die 120 Anwesenden und erntete als langjährige engagierte Unterstützerin unserer Anliegen großen Applaus

Als Gastrednerin begeisterte auch die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Christine Lüders, die sich ausdrücklich zu der LSVD-Kampagne für eine Ergänzung des Grundgesetzes bekannte. Sie lobte die kompetente und engagierte Politik des LSVD und versprach eine Intensivierung der Zusammenarbeit. Lüders betonte, beim Verbot der Diskriminierung dürfe es keine Hierarchisierungen und keine Ausnahmen geben. Gerade auch das Gespräch mit den Kirchen müsse in dieser Hinsicht gesucht werden.

Marlis Bredehorst, Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW, stellte die Vorhaben der Landesregierung im Bereich „sexuelle Vielfalt“ vor. Dabei würdigte sie ausdrücklich den LSVD. Einmalig und vorbildlich sei das Engagement für gleiche Bürger- und Menschenrechte. Zudem sei der LSVD in NRW ein wichtiger Berater bei der Erstellung und Umsetzung des Aktionsplans gegen Homophobie, hervorzuheben seien dabei besonders das Engagement von Frank Bauer (LSVD NRW) und Deborah Reinert (LSVD Köln).



**Elfi Scho-Antwerpes**, Bürgermeisterin der Stadt Köln



**„Ich unterstütze die Forderung der Ergänzung des Gleichheitsartikels im Grundgesetz um das Merkmal der sexuellen Identität.“**

**Christine Lüders**,  
Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

**„Die Erfolge in der höchstrichterlichen Rechtsprechung wären ohne den LSVD nicht möglich gewesen.“**

**Marlis Bredehorst**,  
Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit,  
Emanzipation, Pflege und Alter des Landes NRW



In vier Beschlüssen nahm der LSVD zu aktuellen Fragen der schwul-lesbischen Politik Stellung. Mit der von Hasso Müller-Kittnau (LSVD-Bundesvorstand und LSVD Saar) initiierten Resolution „Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität in Landesverfassungen aufnehmen“ richtet sich der LSVD an die Landesregierungen, Landtagsfraktionen und Landtagsabgeordneten. Sie sollen sich dafür einsetzen, dass auch die bestehenden Gleichbehandlungsartikel in den Landesverfassungen ergänzt werden. Bislang haben Berlin, Brandenburg, Bremen, Thüringen und das Saarland ein Verbot der Diskriminierung auf Grund der sexuellen Identität in ihren Verfassungen verankert.



Einen grundlegenden Wandel im Umgang mit Flüchtlingen und einen klaren Richtungswechsel fordert die Resolution „Verfolgten Schutz geben“, die **Günter Dworek** (LSVD-Bundesvorstand) vorstellte. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und Verwaltungsgerichte halten es teilweise für zumutbar, dass Flüchtlinge ihre Homosexualität im Heimatland verstecken und zurückgezogen in der Privatsphäre ausleben. Es wird ihnen zugemutet, sich äußerst bedeckt zu halten und Diskretion walten zu lassen, um eine Verfolgung zu vermeiden. Diese Haltung ist menschenverachtend und gerade angesichts der deutschen Geschichte der Verfolgung Homosexueller unfassbar. Scharf kritisiert wird auch die Befragungspraxis im Asylverfahren. Gefordert wird zudem, dass Deutschland in bestimmten Situationen auch verfolgten Lesben und Schwulen aktiv Asyl anbietet.

**Katharina Doumler** (LSVD-Bundesvorstand) stellte die Resolution „Für das Recht auf Familiengründung“ vor. Sie richtet sich gegen die diskriminierenden Richtlinien der Ärztekammern, die jegliche Unterstützung bei einer künstlichen Befruchtung von Lebenspartnerinnen verbieten. Mit Ausnahme der Berliner und der Hamburger Ärztekammer haben alle anderen 15 Landesärzte- und Regionalkammern das Verbot in die Berufsordnungen übernommen. Der LSVD sieht darin einen Verstoß gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz und eine ungerechtfertigte Einschränkung der Berufsfreiheit von Ärztinnen und Ärzten.

Die gemeinsam von Axel Hochrein (LSVD-Bundesvorstand) und Jörg Steinert (LSVD Berlin-Brandenburg) vorgestellte Resolution „Für ein nachhaltiges Programm gegen Homophobie im Sport“ fordert einen umfassenden Aktionsplan gegen Homophobie sowie die Ergänzung aller Antidiskriminierungsregeln (siehe Seite 12).



## Kompetenz und Engagement - Starkes Team für den LSVD-Bundesvorstand

Auf dem LSVD-Verbandstag in Köln standen sechs der insgesamt zwölf Plätze im Bundesvorstand turnusgemäß zur Wahl an. Am Sonntag, den 3. April 2011 wurden Dr. Julia Borggräfe und Uta Schwenke neu in den LSVD-Bundesvorstand gewählt. Die promovierte Juristin Julia Borggräfe ist dem LSVD seit langem verbunden, sie war von 2005 – 2007 im Bundesvorstand und gehört zu den Initiatorinnen der Steuerkampagne „Keine halben Sachen!“. Uta Schwenke kommt aus Hamburg, sie ist Juristin mit Schwerpunkt Sozialrecht und arbeitet in einer Sozialversicherung. Zudem wurden Katharina Doumler, Axel Hochrein, Helmut Metzner, Hasso Müller-Kittnau für eine weitere Amtszeit von zwei Jahren bestätigt.

Zum LSVD-Bundesvorstand gehören Hasso Müller-Kittnau, Manfred Bruns, Uta Kehr, Günter Dworek, Martin Pfarr, Axel Hochrein, Axel Blumenthal, Katharina Doumler, Helmut Metzner, Dr. Julia Borggräfe, Uta Schwenke und Annette Hecker (von links nach rechts und von oben nach unten).



Fotos: Caro Kadatz

## Anonymisierte Bewerbungen

Bessere Chancen für Lesben und Schwule

VON RENATE RAMPF

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) startete 2010 ein Pilotprojekt zu anonymisierten Bewerbungen. Bei dem Verfahren enthalten die Bewerbungsunterlagen keine Angaben zu Namen, Adresse, Geburtsdatum, Familienstand und auch kein Foto. So soll verhindert werden, dass in der Vorauswahl fachfremde Kriterien eine Rolle spielen. Die Resonanz war zögerlich, nur fünf Unternehmen hatten sich für das Projekt begeistern können, außerdem das Bundesfamilienministerium, die Bundesagentur für Arbeit in Nordrhein-Westfalen und die Stadtverwaltung Celle. Dafür gab es umso mehr Gegner: Wie schon im Kampf gegen ein Antidiskriminierungsgesetz verweigern sich die Arbeitnehmerverbände. Man bemühte sich zu betonen, dass Diskriminierung nicht gewollt sei, aber ein anonymes Bewerbungsverfahren, das ginge nun wirklich nicht. Es sei zu kostspielig, praxisfern, eine unverantwortliche Einschränkung der unternehmerischen Freiheit und überhaupt zu bürokratisch.

Studien zeigen, dass Frauen und Personen mit fremd klingenden Namen weniger zugetraut wird, so dass sie häufig schon bei der Durchsicht der Bewerbungen aussortiert werden. Auch ältere Personen haben deutlich geringere Chancen überhaupt zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden. „Neben Alter, Geschlecht und Herkunft führt auch die sexuelle Identität von Menschen immer wieder zu Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt. Durch anonymisierte Bewerbungsverfahren ohne Foto und persönliche Angaben wollen wir in diesen Bereichen Diskriminierungen vermeiden und Vorurteile abbauen“, erläutert Christine Lüders, die Leiterin der ADS, das Vorhaben. Lesben und

Schwule profitieren von dem Verfahren, weil die Angaben zum Familienstand wegfallen und niemand mehr lange nach dem am meisten heterosexuell wirkendem Foto suchen muss. Butch-Lesben, feminine Männer oder geschlechtlich schwer zuzuordnende Menschen haben so endlich mal die Chance, überhaupt eingeladen zu werden. Wenn dann das Vorstellungsgespräch den Schleier des Nichtwissens lüftet und das Aussehen der Bewerbenden nicht den Erwartungen entspricht, kann das ein Schock, aber auch eine Chance für beide Seiten sein.

Stellenausschreibungen und Bewerbungsverfahren richten sich unausgesprochen an heterosexuelle Menschen. Wer will, dass das anders gesehen wird, muss es ausdrücklich thematisieren, wie etwa die Stadt München. Dort wird allen Ausschreibungen, neben der Beschreibung der fachlichen Erfordernisse auch der Hinweis beigefügt, dass „Bewerbungen von Frauen und Männern, unabhängig von deren kultureller und sozialer Herkunft, Alter, Religion, Weltanschauung, Behinderung oder sexueller Identität“ begrüßt werden. Das, so Andreas Unterforsthuber von der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen in München, ist nicht nur eine Formsache, sondern „Ausdruck der Haltung der Stadt“.

Zwei Wege ein Ziel: Mehr Anerkennung und weniger Diskriminierung. Wir wünschen uns, dass noch weitere Gleichstellungsbeauftragte und Stadtverwaltungen Initiativen in diese Richtung starten.

Anzeige

Eine Benachteiligung wegen des Geschlechts oder der sexuellen Identität ist unzulässig. § 19 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Wir beraten und vertreten

Lesben, Schwule  
Transsexuelle und Intersexuelle

bei der Testamentsgestaltung  
in allen Fragen der Lebenspartnerschaft  
bei Familiengründung und Adoption  
bei Diskriminierung am Arbeitsplatz  
als Geschädigte von Hass-Straftaten  
im Streit mit der Krankenversicherung  
über Patientenverfügungen  
über Vorsorgevollmachten

und in anderen Rechtsfragen

Kanzlei Menschen  
und Rechte

Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte  
Lünsmann | Dr. Tondorf | Dr. Tolmein

Borselstraße 28 | 22765 Hamburg  
Tel 040.6000 947 00 | Fax 040.6000 947 47  
kanzlei@menschenundrechte.de  
www.menschenundrechte.de

# Neubewertung des Risikos notwendig

Zum Blutspende-Ausschluss von homosexuellen Männern

VON AXEL BLUMENTHAL UND MARTIN PFARR

Seit Jahren ist der Ausschluss von homosexuellen Männern von der Blutspende ein umstrittenes und intensiv diskutiertes Thema. Bislang galten dazu die 2007 von der Bundesärztekammer (BÄK) erlassenen Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten (Hämotherapie). Diese enthielten u.a. als Kriterium für einen Blutspende-Ausschluss die Festlegung: „Personen, deren Sexualverhalten oder Lebensumstände ein gegenüber der Allgemeinbevölkerung deutlich erhöhtes Übertragungsrisiko für durch Blut übertragene schwere Infektionskrankheiten, wie HBV, HCV oder HIV bergen.“ Als Beispiele wurden aufgezählt: „homo- und bisexuelle Männer, Drogenabhängige, männliche und weibliche Prostituierte, Häftlinge“. Hintergrund für die Richtlinie waren gehäufte Übertragungen von HIV durch Blutprodukte in den späten 1980er Jahren.

Diese Richtlinie wurde 2010 neu gefasst. Drogenabhängige und Häftlinge werden nun nicht mehr in einer Reihe mit homosexuellen Männern benannt. Zudem wurden die Argumente für und wider den generellen Ausschluss vom Arbeitskreis „Richtlinien Hämotherapie“ des Wissenschaftlichen Beirats der BÄK zusammengefasst („Erläuterungen zum Blutspende-Ausschluss von Männern, die Sexualverkehr mit Männern haben“ vom 31.03.2010). Die neue Regelung sieht vor, dass vier Personengruppen auf Grund ihres deutlich erhöhten Übertragungsrisikos weder Blut noch Organe spenden dürfen: „heterosexuelle Personen mit Risikoverhalten, z.B. Geschlechtsverkehr mit häufig wechselnden Partnern, Männer, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM) und männliche und weibliche Prostituierte.“ Auch wenn nicht mehr pauschal schwule Männer ausgeschlossen werden, bleibt es trotz der Neufassung beim generellen Blutspende-Ausschluss von MSM.

Der LSVD hat die Neufassung der Richtlinie in einem Brief an die BÄK begrüßt und als Versuch der Versachlichung der Diskussion gewürdigt. Gleichzeitig kritisieren wir aber, dass darin weiterhin von Risikogruppen anstatt von Risikoverhalten die Rede ist. Das hat ist nicht nur Diskriminierungspotenzial aus schwulenpolitischer Sicht, sondern auch aus epidemiologischer Sicht ist das problematisch. Denn damit wird die Zugehörigkeit zu einer Gruppe als Risiko betrachtet, anstatt zutreffender ein bestimmtes Verhalten als Risiko zu bewerten.

Und auf Verhaltensänderung ist schließlich die Prävention von HIV und AIDS ausgerichtet. Diese Strategie wird mit der Verwendung des Begriffes Risikogruppe konterkariert. Bei heterosexuellen Männern kommt damit zugespitzt die Botschaft an: „Du bist nicht schwul, also ist dein Blut in Ordnung.“ MSM werden hingegen unter einen diskriminierenden Generalverdacht gestellt.

Wir plädieren dafür, den pauschalen Ausschluss von MSM von der Blutspende durch das Ausschlusskriterium „ungeschützter Sexualverkehr“ zu ersetzen, das dann aber für alle Spender gelten sollte. Dadurch würde kein erhöhtes Sicherheitsrisiko bezüglich einer Übertragung von schweren Infektionskrankheiten entstehen.

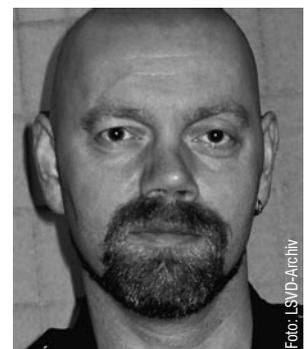
Über die Verwendung des Ausschlusskriteriums „häufig wechselnde Partner/innen“ kann aus unserer Sicht zumindest diskutiert werden. Hiervon sind Heterosexuelle genauso wie MSM betroffen.

Dass sich MSM nach wie vor häufiger mit HIV neu infizieren als heterosexuelle Männer, besagt ja nicht, dass sie grundsätzlich auf das Individuum bezogen ein höheres Risiko einer Infektion hätten. Entscheidend für den Blutspende-Ausschluss sollte nur das individuelle, aus dem Verhalten resultierende Risikoprofil des einzelnen Blutspenders sein. Nicht alle MSM haben eine hohe Zahl von Sexualkontakten. Genauso verhalten sich bei weitem nicht alle heterosexuellen Männer monogam. Das spezifische Sexualverhalten ist nicht nur in Oral-, Anal- und Genitalverkehr zu unterscheiden, sondern vor allem danach, ob es safe oder unsafe ist.

Der Arbeitskreis Hämotherapie der BÄK erkennt an, dass es seit Jahren MSM-Spender gibt, die bewusst das Verbot unterlaufen, weil sie wissen, dass sie negativ sind. Gleichzeitig führt er an, dass Spender durch die Fragebögen zur Blutspende nicht in ihrer Intimsphäre verletzt werden dürfen, damit sie nicht zukünftig der Blutspende fernbleiben. Demgegenüber kritisieren wir in unserem Brief, dass MSM allein durch den pauschalen Ausschluss in ihrer Würde verletzt werden, ohne ihnen die Chance zu geben, sich zu ihrem Intimleben äußern zu können. Wir weisen darauf hin, dass es keinen Sinn macht, einerseits den Mangel an Spenderblut zu beklagen, andererseits aber MSM-Spender pauschal auszuschließen.



**Martin Pfarr**  
LSVD-Bundesvorstand



**Axel Blumenthal**  
LSVD-Bundesvorstand

# Auf die Plätze, fertig, los

LSVD fordert Aktionsplan gegen Homophobie im Sport

VON AXEL HOCHREIN

Mit der Forderung für ein nachhaltiges Programm gegen Homophobie im Sport hat sich eine Resolution unseres Verbandstags beschäftigt. War Homosexualität vor ein paar Jahren noch ein absolutes Tabu, wird es heute wenigstens in Teilen der Sportwelt thematisiert. Um der immer noch vorherrschenden Homophobie im Sport wirksam zu begegnen, bedarf es aber einer abgestimmten und nachhaltigen Aktion, die von den Beteiligten und der ganzen Gesellschaft getragen wird.

Für breite Diskussion sorgte vor kurzem der Tatort in der ARD mit dem Titel „Mord in der ersten Liga“. Im TV passierte das Unvorstellbare: ein Bundesliga-Fußballer outet sich vor laufenden Kameras als schwul und wird beim nächsten Spiel seines Vereins laut bejubelt. Wie furchtbar das momentan noch wäre, zeigt die Reaktion Oliver Bierhoffs, seines Zeichens Manager der DFB Nationalmannschaft. Dieser empörte sich über den Missbrauch der „Prominenz der Nationalelf“ und wertete den Film als „Angriff auf meine Familie – die Familie der Nationalelf“. Man müsse sich nun gegen „gegen haltlose Gerüchte wehren“.

Fast jede Bundesliga-Mannschaft hat ihren schwul-lesbischen Fan-Club, was die männliche Fußballnationalmannschaft angeht, scheint es nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis es zum ersten „großen Outing“ kommt.

## König Fußball regiert die Welt?

Von allen Sportarten hat der Fußball wohl das größte Potential an Faszination für die Massen. Keine Welt- oder Europameisterschaft ohne Public Viewing, wo das ganze Land mitfiebert. Deshalb ist es ein Erfolg, dass sich gerade hier das Thema Homophobie im Sport entzündet hat. Wenn auch nicht immer aus positiven Beweggründen. Die Jagd nach der Story um den ersten schwulen Star aus der Profi-Liga, der sich outet, gilt immer noch der Sensation, nicht der Bekämpfung von Homophobie. Es geht aber nicht um die Story, es geht darum, eine ablehnende Grundstimmung gegenüber Homosexualität in der Sportwelt zu bekämpfen. Deshalb ist es an der Zeit, dass es einen Aktionsplan gibt, der Homophobie im Sport auf den Ebenen Breiten-, Fun- und Leistungssport erfasst und bekämpft.

## Politik und Dachverbände müssen agieren

Was passiert mit einem Profi-Sportler wenn er sich outet, welche Auswirkungen hat das für Verein und Mannschaft? Diese Fragen, die sich die Verantwortlichen wegen möglicher finanzieller Auswirkungen stellen, sind aber nicht das wirkliche Problem. Es geht darum, dass zukünftig Lesben und Schwule ohne Ausgrenzung und Vorurteile

ihre Sportart in ihrem Verein ausüben können. Nur in wenigen Großstädten bietet sich das Angebot an schwul/lesbischen Sportvereinen. Gerade für den jungen Schwulen und die junge Lesbe im Coming Out darf das Erkennen der sexuellen Identität nicht dazu führen, dass es zur Ausgrenzung im Sportverein kommt, dem man oft seit früher Jugend angehört. Der Profi-Bereich ist die Spitze, der Aktionsplan muss aber an der Basis angreifen. Und dazu bedarf es der Zusammenarbeit des für Sport zuständigen Bundesministeriums des Inneren und des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) mit seinen einzelnen Dachverbänden. Nur so lässt sich gezielt Homophobie bekämpfen und die Akzeptanz von Homosexualität im Sport steigern.

## Breiter Katalog an erforderlichen Maßnahmen

Angelehnt an das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, muss es auch im Sport für alle Verbände verpflichtend sein, Vereinssatzungen und Stadionordnungen so zu ergänzen, dass die Diskriminierung auf Grund der sexuellen Identität verboten ist. So beispielhaft einzelne Aktionen verschiedener Vereine sind, so begrenzt ist ihre Wirkung. Deshalb muss es eine bundesweite Informations- und Aufklärungskampagne zu Homophobie im Sport geben. Organisiert vom zuständigen Bundesministerium und dem DOSB, dem alle Dachverbände der verschiedenen Sportarten angehören. Neben der nationalen Aufgabe muss auch der internationale Aspekt des Sports Beachtung finden. Wünschenswert ist der Einsatz der nationalen Komitees bei internationalen Veranstaltungen wie Olympiaden, Welt- oder Europameisterschaften. Der deutsche Sport muss sich als Anti-Homophobie-Botschafter verstehen.

Ein wichtiger Bestandteil des Aktionsplanes muss die Jugendarbeit und Nachwuchsförderung sein. Die Sensibilisierung und Schulung von Trainern und Trainerinnen zum Thema Homosexualität muss ebenso verpflichtend werden, wie die Schaffung von kompetenten Anlaufstellen zum Thema Homophobie in Verbänden und Vereinen.

Für den olympischen Gedanken gilt: „Dabei sein ist Alles!“ Und dieses Motto muss auch für Lesben und Schwule im Sport gelten: dabei sein, statt außen vor.



Jörg Steinert (LSVD Berlin-Brandenburg) und Axel Hochrein (LSVD-Bundesvorstand) fordern ein nachhaltiges Programm gegen Homophobie im Sport

# 90 Minuten gegen Homophobie

VON CHRISTIAN RUDOLPH

Workshops mit Fußballvereinen

Schwule und Lesben sollen im Sport ganz selbstverständlich leben können – dafür macht sich das Projekt „Soccer Sound“ stark. Ein wichtiger Schritt für uns war dabei die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung mit dem Berliner Fußball-Verband (BFV) im Januar 2011. Darin heißt es: „Der BFV und der LSVD Berlin-Brandenburg wollen gegen die Homosexuellenfeindlichkeit in Berlin gemeinsam vorgehen.“ Um Vorbehalten gegenüber Homosexuellen in der Berliner Fußballszene etwas entgegenzusetzen, sind gemeinsame Podiumsdiskussionen und die Entwicklung von Informationen zum Thema verabredet.

Sehr hilfreich war auch der Brief des BFV-Präsidiums. Darin empfiehlt der BFV den Mitgliedsvereinen unsere Angebote, die sich seither einer regen Nachfrage erfreuen. Oftmals wenden sich die Vereine an uns, wenn Homophobie unter ihren zumeist männlichen Spielern offenkundig wird, so dass wir unsere Workshops vor allem mit Jungen ab 14 Jahren abhalten und weniger mit Mädchen oder auch Jüngeren, bei denen Klischees und Vorurteile noch weniger gefestigt sind.

In diesen 90 Minuten haben Jugendliche die Chance, sich mit homophober Diskriminierung im Sport auseinanderzusetzen. Sie können all ihre Fragen an „echte“ Homosexuelle stellen und Redewendungen wie „schwuler Pass“ hinterfragen. Mit Filmausschnitten zum Thema Homosexualität und Fußball knüpfen wir zugleich an ihren Vereinsalltag an. Da unsere Workshops oftmals in der Trainingszeit stattfinden, treffen wir nicht immer auf Motivation. Die Jugendlichen wollen lieber auf den Platz. Dennoch, am Schluss sind sie oft ins Nachdenken gekommen und finden uns sogar „ganz okay“. Meistens ist es ihre erste Begegnung mit offenen Schwulen, und schwule Fußballer kennt niemand.

Dass es sie jedoch gibt, zeigt das „Anonyme Postfach“ auf der Homepage des BFV. Die dort gestellten Fragen zu Homosexualität beantworten wir. „Wie kann ich homophoben Beleidigungen entgegentreten, ohne mich zu outen? Wie kann ich mich outen? Was tue ich bei Mobbing?“ Wir raten

vor allem, sich an eine Vertrauensperson zu wenden, schlagen vor, wer in Frage kommen könnte und bieten auch uns für ein persönliches Gespräch an.

Um für das Thema Homosexualität zu sensibilisieren, führen wir neben der Arbeit in den Vereinen auch Fan-Projekte durch, etwa mit dem Berliner Oberligisten Tennis Borussia oder dem schwul-lesbischen Fanclub „Hertha Junxx“. Denn wenn Sportlerinnen und Sportler sowie Fans sich zu Fairness und sexueller Vielfalt bekennen, kann unser Projekt auch im Sport nachhaltig Wirkung entfalten. Es zeigt sich, wir bringen was ins Rollen und der Fußball – er bewegt sich doch.

[www.berlin.lsvd.de](http://www.berlin.lsvd.de)



# 20ELF - Fußball auch lesbisch

VON IMKE KARGE

Kampagne in Nordrhein-Westfalen

Zur Förderung der Sichtbarkeit von lesbischen Frauen im Fußball haben der LSVD und die Landesarbeitsgemeinschaft Lesben aus Nordrhein-Westfalen zusammen mit den Freizeitkickerinnen „Golden Sixties“ aus Düsseldorf Fanartikel und Give-Aways zur Frauenweltmeisterschaft produziert. Die Kampagne wird getragen von vier Plakatmotiven, die das Versteckspiel und den Zwang zur Anonymität thematisieren. Wir wollen damit auf die homophobe Stimmung und Haltung im Frauensport hinweisen und Spielerinnen zum Coming-out motivieren. Die Fanartikel sind auf den Stadiontribünen, Fanmeilen und im Public-Viewing einsetzbar. Es ist geplant, Banner in den WM-Stadien Berlin, Bochum, Leverkusen und Mönchengladbach aufzuhängen. Beim DFB-Pokalfinale in Köln am 26. März 2011 kamen die Artikel erstmals zum

Einsatz: Innerhalb weniger Minuten wurden 600 der sehr begehrten Klatschpappen verteilt. Das Banner mit der Aufschrift „Fußball ist alles, auch lesbisch!“ wurde öffentlichkeitswirksam hinter dem Tor platziert.

Wir möchten, dass mehr und mehr lesbische Spielerinnen sich zeigen. Die kaum vorhandene Sichtbarkeit von lesbischen Frauen im Frauenfußball deutet darauf hin, dass ein Outing immer noch ein Wagnis ist. Nach unseren Erfahrungen wird derzeit im Frauenfußball keine Auseinandersetzung mit dem Thema Homophobie geführt. Wichtig ist uns zudem, darauf hinzuweisen, dass die Vorurteile und die antischwulen Hetzgesänge in Stadien auch lesbische Frauen treffen.

[www.lesben-nrw.de/Fussball.htm](http://www.lesben-nrw.de/Fussball.htm)



Grafik: Monica Brauer

# Rechte von Lesben, Schwulen und Transgender in den Ländern der WM-Teams

## Norwegen

- Ehe
- Stiefkind- und gemeinsame Adoption
- assistierte Reproduktion für lesbische Paare offen
- rechtliche Änderung des Geschlechts möglich

## England

- Civil Partnerships mit weitgehender Gleichstellung zur Ehe
- Stiefkind- und gemeinsame Adoption
- Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Leistungen
- rechtliche Änderung des Geschlechts ohne Operation möglich

## Kanada

- Ehe
- Stiefkindadoption in einer und gemeinsame Adoption in den meisten Provinzen
- Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Leistungen
- rechtliche Änderung des Geschlechts möglich

## USA

- in fünf Bundesstaaten Ehe, in elf Bundesstaaten Civil Unions mit vergleichbaren Rechten
- Verbot gleichgeschlechtlicher Ehe in vielen Bundesstaaten
- vereinzelt Stiefkind- und gemeinsame Adoption
- Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Leistungen
- rechtliche Änderung des Geschlechts in einigen Bundesstaaten möglich

## Mexiko

- Ehe in Mexiko-Stadt, die in ganz Mexiko anerkannt wird, in anderen Distrikten Sociudades de Convivencia
- keine Stiefkind- und gemeinsame Adoption für gleichgeschlechtliche Paare (Mexiko-Stadt)
- rechtliche Änderung des Geschlechts möglich (Mexiko-Stadt)

## Kolumbien

- Uniones de hecho mit gleichen Rechten wie die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare offen
- weder Stiefkind- noch gemeinsame Adoption
- rechtliche Änderung des Geschlechts nicht möglich

## Schweden

- Ehe
- Stiefkind- und gemeinsame Adoption
- assistierte Reproduktion für lesbische Paare offen
- rechtliche Änderung des Geschlechts möglich

## Deutschland

- Eingetragene Lebenspartnerschaft mit annähernder Gleichstellung zur Ehe
- Stiefkindadoption, aber keine gemeinsame Adoption
- erschwelter Zugang zur assistierten Reproduktion für lesbische Paare
- rechtliche Änderung des Geschlechts möglich

## Frankreich

- Ziviler Solidaritätspakt (PACS) mit weniger Rechten und Pflichten auch für gleichgeschlechtliche Paare
- kein Recht auf Adoption
- kein Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Leistungen
- rechtliche Änderung des Geschlechts möglich

## Nordkorea

- keine rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare
- rechtliche Änderung des Geschlechts nicht möglich

## Japan

- keine rechtliche Anerkennung für gleichgeschlechtliche Paare
- weder Stiefkind- noch gemeinsame Adoption
- rechtliche Änderung des Geschlechts möglich

## Neuseeland

- Civil Unions mit weitgehender Gleichstellung zur Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare
- weder Stiefkind- noch gemeinsame Adoption
- assistierte Reproduktion für lesbische Paare offen
- rechtliche Änderung des Geschlechts möglich

## Australien

- Verbot gleichgeschlechtlicher Ehe auf Bundesebene, in fünf der acht Bundesstaaten registrierte Partnerschaft
- Stiefkindadoption in vier und gemeinsame Adoption in drei Bundesstaaten
- Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Leistungen
- rechtliche Änderung des Geschlechts eintrags möglich

## Äquatorial-Guinea

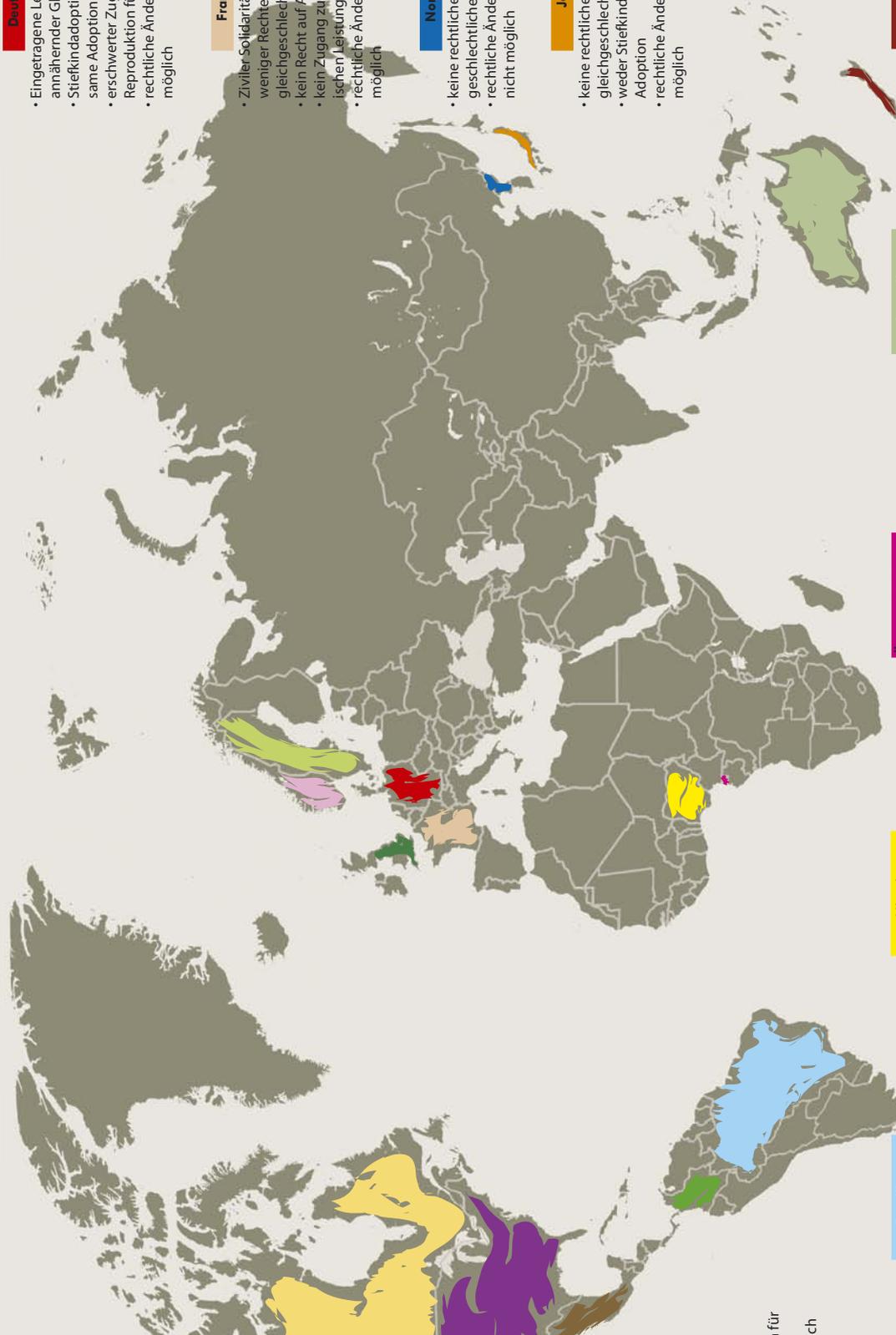
- keine rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare
- weder Stiefkind- noch gemeinsame Adoption
- rechtliche Änderung des Geschlechts nicht möglich

## Nigeria

- Bestrafung einvernehmlicher Sexualität bei Männern langjährige Gefängnis- bzw. Todesstrafe in den nördlichen Bundesstaaten; bei Frauen in den nördlichen Bundesstaaten mit Auspeitschung und Gefängnis bis zu drei Jahren
- rechtliche Änderung des Geschlechts nicht möglich

## Brasilien

- Rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare mit gleichen Rechten wie Ehe
- Stiefkind- und gemeinsame Adoption
- Zugang zu fortpflanzungsmedizinischen Leistungen
- Rechtliche Änderung des Geschlechts möglich



26. Juni - 17. Juli 2011

# WM FrauenFußball

## GRUPPE A

Deutschland - Kanada	So 26/06, 18:00h - Berlin	○	:	○
Nigeria - Frankreich	So 26/06, 15:00h - Sinsheim	○	:	○
Deutschland - Nigeria	Do 30/06, 20:45h - Frankfurt	○	:	○
Kanada - Frankreich	Do 30/06, 18:00h - Bochum	○	:	○
Frankreich - Deutschland	Di 05/07, 20:45h - M'gladbach	○	:	○
Kanada - Nigeria	Di 05/07, 20:45h - Dresden	○	:	○

### GRUPPE A

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_
3. \_\_\_\_\_
4. \_\_\_\_\_

## GRUPPE B

Japan - Neuseeland	Mo 27/06, 15:00h - Bochum	○	:	○
Mexiko - England	Mo 27/06, 18:00h - Wolfsburg	○	:	○
Japan - Mexiko	Fr 01/07, 15:00h - Leverkusen	○	:	○
Neuseeland - England	Fr 01/07, 18:15h - Dresden	○	:	○
England - Japan	Di 05/07, 18:15h - Augsburg	○	:	○
Neuseeland - Mexiko	Di 05/07, 18:15h - Sinsheim	○	:	○

### GRUPPE B

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_
3. \_\_\_\_\_
4. \_\_\_\_\_

## GRUPPE C

USA - Nordkorea	Di 28/06, 18:15h - Dresden	○	:	○
Kolumbien - Schweden	Di 28/06, 15:00h - Leverkusen	○	:	○
USA - Kolumbien	Sa 02/07, 18:00h - Sinsheim	○	:	○
Nordkorea - Schweden	Sa 02/07, 14:00h - Augsburg	○	:	○
Schweden - USA	Mi 06/07, 20:45h - Wolfsburg	○	:	○
Nordkorea - Kolumbien	Mi 06/07, 20:45h - Bochum	○	:	○

### GRUPPE C

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_
3. \_\_\_\_\_
4. \_\_\_\_\_

## GRUPPE D

Brasilien - Australien	Mi 29/06, 18:15h - M'gladbach	○	:	○
Norwegen - Äqu.-Guinea	Mi 29/06, 15:00h - Augsburg	○	:	○
Brasilien - Norwegen	So 03/07, 18:15h - Wolfsburg	○	:	○
Australien - Äqu.-Guinea	So 03/07, 14:00h - Bochum	○	:	○
Äqu.-Guinea - Brasilien	Mi 06/07, 18:00h - Frankfurt	○	:	○
Australien - Norwegen	Mi 06/07, 18:00h - Leverkusen	○	:	○

### GRUPPE D

1. \_\_\_\_\_
2. \_\_\_\_\_
3. \_\_\_\_\_
4. \_\_\_\_\_

## 1/4 FINALE

1. Gruppe A **VS.** 2. Gruppe B  
 So 09/07, 20:45h - Wolfsburg

1. Gruppe C **VS.** 2. Gruppe D  
 So 10/07, 13:00h - Augsburg

1. Gruppe B **VS.** 2. Gruppe A  
 Sa 09/07, 18:00h - Leverkusen

1. Gruppe D **VS.** 2. Gruppe C  
 So 10/07, 17:30h - Dresden

## 1/2 FINALE

\_\_\_\_\_ **VS.** \_\_\_\_\_  
 Mi 13/07, 20:45h - Frankfurt

\_\_\_\_\_ **VS.** \_\_\_\_\_  
 Mi 13/07, 18:00h - M'gladbach

## FINALE

\_\_\_\_\_ **VS.** \_\_\_\_\_  
 So 17/07, 20:45h - Frankfurt

## UM PLATZ 3

\_\_\_\_\_ **VS.** \_\_\_\_\_  
 Sa 16/07, 17:30h - Sinsheim

# Weltmeisterlich

Lesben im Team

VON UTA KEHR



Am Samstag, 17. Juli ist das Endspiel der 6. Fußballweltmeisterschaft der Frauen. Am gleichen Tag startet auch die Zweite Fußball-Bundesliga. Absicht oder schlechtes Timing? Theo Zwanziger glaubt, dass sich das Frauenspiel um den WM-Titel medial gegen den Start der zweiten Bundesliga durchsetzen wird. Ursprünglich hatte der Internationale Fußballverband (FIFA) sogar geplant, die Frauenweltmeisterschaft auf den September zu legen, also direkt parallel zur Fußball-Bundesliga. Nun bleibt es bei dem medialen Wettbewerb „Endspiel gegen den Start der zweiten Liga“. Es versteht sich von selbst, dass die Frauen gewinnen müssen.

16 Teams treten bei der Frauen WM an, bei den Männern konkurrieren seit Jahren 32 Fußballnationen um den Titel. Spielerinnen und Fans haben sich ein größeres Turnier gewünscht. Sogar FIFA-Präsident Sepp Blatter machte sich bei der WM 2008 für eine Erweiterung auf 24 Nationen stark. 24, das ist auch die Anzahl der Teams, die seit der ersten Frauenweltmeisterschaft 1991 an den Endrunden teilgenommen haben. Aber dann entschied sich die FIFA gegen die Erweiterung, das Niveau solle nicht gefährdet werden. Statt den Frauenfußball international mehr zu fördern, beschränkt sich die FIFA auf die Beurteilung der Qualität. Und das heißt dort vor allem mediale Attraktivität.

Große Erwartungen knüpfen sich an die Spiele. Theo Zwanziger meint, es ginge „nicht vordergründig um die Gewinnung neuer Mitglieder, sondern vielmehr um Chancengleichheit und Integration des Frauenfußballs in eine Männerdomäne.“ Andere hoffen auf mehr Präsenz des Frauenfußballs, auf etwas mehr Einkommensgleichheit (die meisten Spielerinnen und Trainerinnen können nicht von dem Job leben), einen Motivationsschub für junge

Fußballerinnen und nicht zuletzt mehr Sichtbarkeit von Lesben. Zwanzig bis vierzig Prozent der Spielerinnen, so ist zu hören, seien lesbisch.

## Statusverlust durch Homosexualität

Die Fußballerin ist eine Lesbe: Das alte Klischee, mit dem der Frauenfußball international zu kämpfen hat. Woher kommt die Grundannahme? Auf der erweiterten Kaderliste sind mit Nadine Angerer, Linda Bresonik, Inka Grings und Ursula Holl etwa vier offen lesbische bzw. bisexuelle Frauen. Die meisten Spielerinnen hingegen äußern sich gar nicht oder sind offen heterosexuell. Das ist zum Teil auch eine ökonomische Notwendigkeit. Denn Werbeverträge für lesbische Frauen, wer hat davon schon gehört? Dennoch meint Familienministerin Schröder lesbische Fußballerinnen haben eine „wichtige Vorreiterrolle übernommen“. Die Lesben im Frauenfußball, so die Ministerin, seien ein Vorbild für die schwulen Fußballer, die sich kein Outing trauen. Wir freuen uns, dass Kristina Schröder sich für Fußball und Lesben interessiert, aber sie verkennt das Problem. Offen gezeigte Homosexualität ist normalerweise mit einem Statusverlust verbunden. So bekommt der Frauenfußball leider erst dann mediale Aufmerksamkeit, seit er nicht mehr als Lesbensport gilt. Das zeigt sich beispielsweise in Kommentaren von Journalisten, die betonen, man sei froh, dass die Fußballerinnen nun „richtige Mädchen“ sind. Und den Jungs, die sich outen, droht der Verlust von positiver Aufmerksamkeit und Werbeverträgen. Daher das Coming out, wenn überhaupt, erst nach Ende der Profikarriere. Auch wenn Zeitungen sicher hin und wieder über homosexuelle Stars berichten, Geld verdienen kann man mit Lesben und Schwulen nicht.

## Steuerfreie Erlöse für die FIFA

Einnahmen aus Werbeverträgen und Fernseh- ausstrahlungslizenzen, das ist auch der Fokus der FIFA. Dabei setzen sie die Regeln: Nur Länder, die dem Weltfußballverband Steuerfreiheit garantieren, dürfen die Spiele austragen. Deutschland soll vor vier Jahren etwa eine Viertelmilliarde Euro entgangen sein. Von den Erlösen werden hohe Teilbeträge an die nationalen Fußballvereine weiter geleitet. Der größte Umsatz wird durch die Weltmeisterschaft der Männer erzielt. Die Frauenspiele sind weniger lukrativ. Engagierte Funktionärinnen und Journalistinnen fordern daher, die Fernsehrechte nur noch im Paket zu vergeben, also die Vergabe der Übertragungsrechte der Frauen und der Männer WM zu verknüpfen. Dann würden wir sicherlich auch mehr Lesben sehen. Denn ohne Lesben ist der Fußball nicht zu haben. Lesbische Frauen gehören zu den Kämpferinnen, die den Frauenfußball dahin gebracht haben, wo er jetzt ist: auf Weltniveau.



Uta Kehr

LSVD-Bundesvorstand

# Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt

Neue Landesregierungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz

VON MANFRED BRUNS

**D**er 27. März 2011 hat in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz viel verändert: Die Landtagswahlen haben Personen und Parteien die Regierungsverantwortung gegeben, die schon bei den Antworten auf die LSVD-Wahlprüfsteine eine gleichstellungsfreundliche Politik versprochen hatten. Die LSVD-Landesverbände Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben die Gewinner daran erinnert und Formulierungsvorschläge für die Koalitionsverhandlungen an die Parteien und Fraktionen von SPD sowie Grünen geschickt. Mit Erfolg: In beiden Koalitionsverträgen sind die Forderungen des LSVD nach gleichen Rechten und einem Engagement für respektvolles gesellschaftliches Miteinander weitgehend übernommen worden. Neben der vollständigen Gleichstellung von Eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Landesrecht begrüßen wir vor allem die Versprechen, sich zukünftig aktiv für die Belange von Regenbogenfamilien einzusetzen und Aufklärungsmaßnahmen zu entwickeln, die zu mehr Respekt gegenüber Schwulen, Lesben und Transgender beitragen.

## Baden-Württemberg holt auf

In Baden-Württemberg sorgte der Wahlsieg von Winfried Kretschmann nicht nur für den ersten grünen Ministerpräsidenten, sondern beendete auch die Regentschaft einer äußerst homophob agierenden CDU/FDP-Koalition. Unter dem Motto „Der Wechsel beginnt“ will die neue Regierung aus Bündnis 90/Die Grünen und SPD „Baden-Württemberg zu einem Vorreiter für Offenheit und Vielfalt (...) machen“. Bisher Schlusslicht in Sachen Gleichstellung werden verpartnerte Paare im Landes- und Beamtenrecht nun genau wie Eheleute behandelt. Zudem wird die Verpartnerung – wie in allen anderen Bundesländern auch – zukünftig auf dem Standesamt zu einheitlichen Gebührensätzen geschlossen werden. Da eingetragene Lebenspartnerschaften und Ehen inzwischen auch im thüringischen wie im nordrhein-westfälischen Landesrecht gleichgestellt werden, ist Sachsen nun das einzige Bundesland, das lesbische und schwule Paare weiterhin diskriminiert. Allerdings müssen fast alle Bundesländer im Beamtenrecht nachbessern. Denn nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall Römer vom 12. Mai 2011 wird der LSVD nun alle Finanzministerien anschreiben, um die vollständige rückwirkende Gleichstellung einzufordern.

Sehr erfreulich ist auch, dass der baden-württembergische Koalitionsvertrag einen landesweiten Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung sowie die Einbeziehung der Lebensrealität unterschiedlicher sexueller Identitäten in die Bildungsstandards und in die pädagogische Ausbildung vorsieht. Außerdem wird die Förderung von Fanprojekten und die Unterstützung von Vereinsarbeit gegen Gewalt, Rassismus und Homophobie im Sport versprochen. Die Forderung des LSVD, Ansprechpersonen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen bei der Polizei zu benennen, hat ebenfalls Berücksichtigung gefunden.

In Rheinland-Pfalz verlor die SPD nach der Wahl ihre absolute Mehrheit. Kurt Beck bleibt zwar weiterhin Ministerpräsident, regiert in Zukunft aber zusammen mit den neu ins Landesparlament eingezogenen Bündnis 90/Die Grünen. Im Abschnitt „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen“ verspricht die neue Regierung, Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund von sexueller Identität insbesondere im Arbeitsleben aktiv zu bekämpfen und in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften lebende Beamtinnen und Beamte rückwirkend zum 01. August 2001 mit ihren verheirateten Kollegen und Kolleginnen gleichzustellen. Durch vermehrte Aufklärungsarbeit und Kampagnen insbesondere in den Bildungseinrichtungen soll für mehr Akzeptanz von Schwulen und Lesben, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgender und Intersexuellen geworben werden. Die Arbeit der Interessenverbände von Lesben und Schwulen soll in der Antidiskriminierungsarbeit des Landes berücksichtigt und verankert werden. Zudem folgt die Landesregierung unserem Vorschlag, innovative Projekte zu den Kernthemen „Kinder in gleichgeschlechtlichen Familien (Regenbogenfamilien)“, „Homosexualität als Herausforderung für Familien“ sowie „Homosexualität in Migrationsfamilien“ zu fördern. Hier muss noch viel getan werden.

## Ziele: 3+ und Adoption

In der Bundes- und Europapolitik wollen sich die neuen Regierungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ebenfalls bemerkbar machen. Beide Landesregierungen haben zugesagt, sich für die Aufnahme des Merkmals „sexuelle Identität“ im Gleichheitsartikel im Grundgesetz stark zu machen, sowie die vollständige Gleichstellung im Steuerrecht und das gemeinsame Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare anzustreben. Auch für die Antidiskriminierungsarbeit in der EU wollen sie sich stark machen. Der LSVD wird die Verwirklichung dieser guten Vorsätze begleiten und unterstützen.



## Gedruckt!

### Das neue LSVD-Programm

Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt. Das 2010 verabschiedete Grundsatzprogramm des LSVD liegt nun in gedruckter Form vor. Die Broschüre erläutert den LSVD von A-Z, informiert über die Geschichte des LSVD und bietet Einblicke in die internationale Menschenrechtsarbeit der Hirschfeld-Eddy-Stiftung.

Zu bestellen in der Bundesgeschäftsstelle in Köln oder unter [lsvd@lsvd.de](mailto:lsvd@lsvd.de).

# Gegen das Vergessen

Stolpersteine für homosexuelle NS-Opfer

VON MARTIN PFARR



**KZ** Sachsenhausen, 11. Juni 1940 um 23 Uhr: Der 42jährige gebürtige Magdeburger Paul Walter Karl Juhe wählt angeblich den „Freitod durch Erhängen“. Nach Verbüßung einer dreijährigen Zuchthausstrafe aufgrund des §175a war er wenige Tage zuvor als „Schutzhäftling“ nach Sachsenhausen gebracht worden. Knapp zwei Jahre später, Klinkerwerk, Außenlager des KZ Sachsenhausen, in dem sich beinahe ausschließlich Rosa-Winkel-Häftlinge förmlich zu Tode schufteten. Zwischen Juli und September 1942 werden an die 200 von ihnen gezielt durch die SS ermordet. Eines der Opfer, die bei „einem Fluchtversuch erschossen“ werden, ist Hsoum Ling-Li, 1940 wegen „Sittlichkeitsverbrechen“ ins Untersuchungsgefängnis Magdeburg gebracht, zu einer Zuchthausstrafe verurteilt und in „Schutzhäft“ verwahrt. Damit die Schicksale von Juhe und Ling-Li nicht vergessen werden, hat der LSVD-Landesverband Sachsen-Anhalt die Patenschaft für zwei Stolpersteine übernommen, die im vergangenen November vor den letzten Wohnadressen der beiden verlegt wurden. Insgesamt erinnern nun vier von insgesamt 236 Magdeburger Stolpersteinen an homosexuelle NS-Opfer. Für jeden Namen gibt es eine Seite im Gedenkbuch der Stadt. Im Oktober 2011 sollen die nächsten Steine folgen. Alle finanziert mit den Spenden, die der Landesverband gesammelt hat.

Der Künstler Gunter Deming hatte die Idee, an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, indem er vor deren letzten selbst gewählten Wohnorten Gedenktafeln aus Messing ins Straßenpflaster einlässt. Mittlerweile gibt es in zehn europäischen Ländern 28.000 dieser Steine, die auf jüdische Bürgerinnen, Sinti und Roma, politisch und religiös Verfolgte, Homosexuelle, Euthanasieopfer, Zwangsarbeiter aufmerksam machen, die ermordet

oder in den Selbstmord getrieben wurden. Denn so Deming: „Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist.“

Auslöser für den sachsen-anhaltinischen LSVD, sich für eine Aufarbeitung der Geschichte von Homosexuellen im nationalsozialistischen Magdeburg zu engagieren, war eine Anfrage des Kulturhistorischen Museums anlässlich einer Ausstellung über lokale NS-Opfer. Uns fiel auf, wie wenig wir über den damaligen Alltag von Homosexuellen wussten. Der vom Museum beauftragte Historiker Rainer Hoffschildt aus Hannover brachte uns auf die Idee einer Stolpersteininitiative für schwule NS-Opfer und übernahm die Leitung für die Recherche der Lebensdaten und Biographien in den Archiven der Stadt. Eine mühevoll Kleinarbeit, da in der DDR oftmals nur von politisch Verfolgten genaue Daten aufbewahrt wurden. Dennoch konnten bis Ende 2009 für Opfer mit den Anfangsbuchstaben A bis L, d.h. rund 30 Personen die Lebensdaten zusammengestellt werden. Die finanziellen Mittel für die Erforschung der übrigen Biographien werden dieses Jahr zur Verfügung gestellt.

Bereits zum CSD 2009 wollten wir erste Stolpersteine verlegen. Doch so einfach war das nicht, denn es mussten Standorte von zerstörten Häusern geklärt, Genehmigungen eingeholt, ein Termin mit dem Künstler Deming vereinbart und die Finanzierung abgesichert werden. Dank der Hilfe durch die städtische Arbeitsgruppe „Stolpersteine“ konnten im November 2009 die ersten beiden Steine für homosexuelle NS-Opfer aus Magdeburg eingeweiht werden.

Parallel dazu machen wir die lokale Öffentlichkeit auf die Verfolgung von Homosexuellen im Nationalsozialismus und unsere Magdeburger

Forschungen aufmerksam. Wir organisierten Info-Abende mit dem Historiker Dr. Günter Grau und veranstalteten Gedenkstunden für die homosexuellen NS-Opfer Magdeburgs beispielsweise zum CSD 2009. In diesem Jahr wird es eine Autorenlesung mit Rainer Vollath („Zwei Lieben“) geben. Die Arbeitsgruppe der Stadt unterstützt uns bei der Öffentlichkeitsarbeit. Zusätzlich soll es auch eine Dokumentation über die verfolgten Homosexuellen in Magdeburg geben.

Der LSVD Sachsen-Anhalt ist zudem Mitglied im Beirat der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt. In diesem Jahr wird eine neue Ausstellung in der Gedenkstätte Lichtenburg bei Prettin eröffnet. Die Lichtenburg war eines der frühen Konzentrationslager, in dem nachweislich viele Homosexuelle eingesperrt wurden. Derzeit wird das Ausstellungsdrehbuch diskutiert. Wir sind beteiligt. In Bernburg befand sich eine von sechs „Euthanasie“-Anstalten, in der Kranke, Behinderte und Häftlinge ermordet wurden. Die Gedenkstätte könnte ein weiterer Schwerpunkt für uns werden. Wir wollen nicht, dass die Schicksale der vielen Homosexuellen vergessen werden.

[www.sachsen-anhalt.lsvd.de](http://www.sachsen-anhalt.lsvd.de)

Etwa 28.000 Stolpersteine in zehn europäischen Ländern erinnern zurzeit an diejenigen, deren Leben durch den Nationalsozialismus zerstört wurden. Einer der ersten Stolpersteine für homosexuelle NS-Opfer wurde im Januar 2001 in Köln verlegt, und in Hamburg erinnern 240 Stolpersteine an diese oftmals vergessene Opfergruppe. Der LSVD Hamburg hat zwei der Patenschaften übernommen. Die LSVD-Landesverbände in Berlin-Brandenburg, Bayern und Niedersachsen sind in konkreten Vorbereitungen für eine Patenschaft.

# Ende des Operationszwangs

Beratung für transsexuelle Menschen

VON DEBORAH REINERT

Im Januar 2011 stärkte das Bundesverfassungsgericht erneut die Grundrechte von Transsexuellen: Der Operationszwang, der nach dem Transsexuellengesetz (TSG) bislang Voraussetzung für eine Änderung der Personenstandsdocuments war, wurde als nicht mit der Verfassung vereinbar erklärt. Etwa zeitgleich hat der LSVD Köln ein Angebot für trans- und intersexuelle Menschen gestartet. Wir informieren und beraten sowohl persönlich als auch online, die meisten Anfragen betreffen derzeit das TSG und die arbeits- und sozialrechtliche Situation.

Die Vorschriften des § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 TSG dürfen nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts bis zum Inkrafttreten einer gesetzlichen Neuregelung nicht mehr angewendet werden, weil sie gegen das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und geschlechtliche Selbstbestimmung verstoßen. Einzelne Gerichte ignorieren jedoch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und setzen anhängige Verfahren einfach bis zu einer gesetzlichen Neuregelung aus. Transsexuelle, die im Zuständigkeitsbereich dieser Gerichte leben, bekommen nun überhaupt keine Personenstandsänderung mehr. So wird die

Entscheidung ins Gegenteil verkehrt. Begründet wird die Weigerung mit dem Hinweis, es fehle eine Regelung. Aber das ist unsinnig, denn das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber keine Pflicht zur Neuregelung auf den Weg gegeben. Glücklicherweise ist das die Ausnahme, die meisten Gerichte verhalten sich korrekt und nehmen Personenstandsänderungen nach den gleichen Bedingungen wie Vornamensänderungen vor: ohne geschlechtsangleichende Operation.

Ein zweiter Schwerpunkt der Beratung ist das Arbeits- und Sozialrecht. Dazu gehören der Zugang zum Arbeitsmarkt, Kündigung oder Mobbing oder die Umschreibung von Zeugnissen. Außerdem geht es um den Umgang mit Krankenkassen und Diskriminierungen im Alltag. Darüber hinaus stellen sich nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts ganz neue Herausforderungen: Wie reagiert das Umfeld auf transsexuelle Menschen, die erkennbar unoperiert sind, bei Begegnungen, in denen der Körper eine große Rolle spielt, wie etwa im Sport oder im Krankenhaus?

Der Prozess der Identitätsfindung und der Geschlechtsangleichung ist mit extremen psychischen Belastungen und sozialen Stigmatisierungen

verbunden. Mit dem Beratungsangebot empfiehlt sich der LSVD Köln als Ansprechpartner für Betroffene und deren Angehörige. Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, die Grundrechte von Transsexuellen zu stärken und die Interessen gegenüber Politik, Verwaltung oder Arbeitgebern zu vertreten.



Foto: Privat

**Deborah Reinert**

Rechtsanwältin und Vorstand  
LSVD Köln

[www.lsvd-koeln.de](http://www.lsvd-koeln.de)

# Zusammen gegen Homophobie

VON WOLFGANG PREUSSNER UND WANJA KILBER

Fachkräfteaustausch zwischen Hamburg und St. Petersburg

Vor mehr als 50 Jahren sind St. Petersburg und Hamburg eine Städtepartnerschaft eingegangen. Unter den vielen durchgeführten kulturellen, schulischen und wirtschaftlichen Austauschprogrammen fehlte jedoch bislang eine gemeinsame Arbeit gegen Homophobie. Jetzt wird eine Initiative von LSVD Hamburg und „Quarteera – Organisation russischsprachiger LGBT & Friends in Europa“ das ändern. Im Rahmen der binationalen Partnerschaft, die wir im vergangenen Jahr mit einem flashmob auf dem Hamburger Rathausmarkt gestartet haben, etablieren wir nun

ein Fachkräfteprogramm. Zur Vorbereitung war der LSVD Hamburg über Ostern bereits in St. Petersburg und erwartet nun im Sommer selbst Besuch aus Russland.

Denn zur Hamburger Pride Week 2011 treffen sieben schwul-lesbische Aktivistinnen aus der St. Petersburger Organisation „Vyhod“ (russ. für Coming-out) in der Hansestadt ein, um sich über verschiedene Strategien zur Bekämpfung von Vorurteilen und Gewalt gegenüber Homosexuellen auszutauschen. Das Programm ist bereits gefüllt: Wir zeigen eine Fotoausstellung über den Alltag von

russischen Lesben, Schwulen und Transgender, organisieren eine öffentliche Diskussion über die Städte- und Lebenspartnerschaft und erarbeiten mögliche Inhalte antihomophober Aufklärung an Schulen. Zudem arbeiten wir, verbunden mit einem Besuch der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die Homosexuellenverfolgung im Dritten Reich und in der ehemaligen UdSSR auf. Und natürlich wird die Gruppe beim CSD in Hamburg dabei sein und den LSVD tatkräftig unterstützen.

[www.hamburg.lsvd.de](http://www.hamburg.lsvd.de)



## Der Papst kommt

Kritisches Empfangskomitee gegründet

VON GÜNTER DWOREK

**P**apst Benedikt XVI. besucht im September Deutschland. Er macht Station in Freiburg/Br., im Eichsfeld, in Erfurt und in Berlin. Die größte öffentliche Aufmerksamkeit wird dabei voraussichtlich die Rede des Papstes vor dem Deutschen Bundestag erhalten. Dort spricht er am 22. September zu den Abgeordneten.

Nun soll man Gäste immer freundlich empfangen – sofern sich diese gut benehmen. Das kann man von Benedikt XVI. aber wohl nicht erwarten. Seine Besuche in anderen Ländern nutzt er regelmäßig dazu, um gegen eine menschenrechtsorientierte Gesetzgebung hinsichtlich Lesben und Schwulen zu hetzen.

Josef Ratzinger hat in seiner verschwurbelten Sprache hier schon Ungeheuerliches vom Stapel gelassen: Politiker müssten „den unsittlichen Charakter dieser Art von Lebensgemeinschaften klar herausstellen“ und „den Staat auf die Notwendigkeit hinweisen, das Phänomen in Grenzen zu halten“. Vom Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit will der Papst nichts wissen: „Jene, die ... Toleranz gebrauchen, um bestimmte Rechte für zusammenlebende homosexuelle Personen einzufordern, müssen daran erinnert

werden, dass die Toleranz des Bösen etwas ganz anderes ist als die Billigung oder Legalisierung des Bösen.“ „Zusammenlebende homosexuelle Personen“ sind also „das Böse“. Allein diese Äußerung sollte es eigentlich verbieten, eine solch boshafte Parolen verbreitende Person einzuladen.

Nun kommt er trotzdem. Was soll man aber mit einem Gast machen, der gewohnheitsmäßig ganze Bevölkerungsgruppen im Gastgeberland herabwürdigt und beleidigt? Man muss ihn unter öffentliche Beobachtung stellen. Wir haben deshalb ein kritisches Empfangskomitee gebildet. Auf Initiative des LSVD Berlin-Brandenburg hat sich in der Bundeshauptstadt ein Netzwerk „DER PAPST KOMMT“ gegründet. Über 20 Organisationen haben sich angeschlossen. Hierzu gehören sowohl lesbisch-schwule als auch mehrheitlich heterosexuell geprägte Organisationen. Geplant sind vielfältige Aktivitäten im Vorfeld des Besuches und eine große Demonstration am Tag der Rede im Bundestag. Die Koordination der Bündnisaktivitäten hat der LSVD Berlin-Brandenburg übernommen. Die geplanten Aktionen richten sich in keiner Weise gegen katholische Gläubige oder gar gegen Religion an sich, sondern sie wenden sich konkret gegen die menschenfeindliche Politik dieses Papstes. Das Ziel ist Aufklärung.

## Resolution des Berliner Bündnisses „Der Papst kommt“

**I**m September 2011 besucht Papst Benedikt XVI. Deutschland. Dabei spricht er auch vor dem Deutschen Bundestag in Berlin. Dagegen protestieren wir. Der Papst steht für eine menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik. Sie grenzt Menschen aus und diskriminiert.

Wir wenden uns gegen den Papst als einen der Hauptverantwortlichen für die Unterdrückung von Lesben, Schwulen und Transgender auf der Welt. Auf internationaler Ebene kämpft der Vatikanstaat Seite an Seite selbst mit brutalen Diktaturen gegen die Menschenrechte von Lesben, Schwulen und Transgender. Die Entscheidungen demokratisch gewählter Parlamente zur rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare schmäht Joseph Ratzinger als „Legalisierung des Bösen“ und ruft Katholiken zum Widerstand auf.

Wir kritisieren die Missachtung der Rechte von Frauen, die der Vatikan in seinem Kampf gegen Gleichberechtigung und Selbstbestimmung an den Tag legt. Gerade die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen werden, z.B. durch das Verbot von Schwangerschaftsverhütung und -abbruch, deutlich negiert.

Wir verurteilen die Sexual- und Kondom-Politik des Papstes. Sie behindert in vielen Ländern massiv wirksame HIV-Prävention, stürzt Menschen in schwere Gewissenskonflikte, verdammt sie zu Krankheit und nimmt ihren Tod damit billigend in Kauf.

Wir protestieren gegen die demokratiefeindliche Politik von Papst Benedikt XVI., der die freiheitliche Gesellschaft eine „Diktatur des Relativismus“ nennt. So hat er z.B. die Pius-Brüder wieder in die Kirche aufgenommen, obwohl sich in deren Reihen Holocaust-Leugner finden, sie die freiheitliche Demokratie ablehnen und die Strafbarkeit gleichgeschlechtlicher Beziehungen fordern.

Diese Kritik wird von vielen gläubigen Katholikinnen und Katholiken geteilt, die wir einladen, unseren Protest zu unterstützen.



Graphik: Ralf König

Den Bestrebungen des Papstes, die eigenen Dogmen zur staatlichen Norm anderer Länder zu erheben, setzen wir unseren Widerstand entgegen.

Die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik von Papst Benedikt XVI. darf nicht unwidersprochen bleiben. Wir rufen alle Menschen zum friedlichen Protest in Berlin auf.

**Beschlossen am 7. April 2011 - [www.DerPapstKommt.de](http://www.DerPapstKommt.de)**

# Wenn der Papst der Chef ist

Arbeitsrecht bei der katholischen Kirche

VON MANFRED BRUNS

Seit elf Jahren leben Christine und Britta\* zusammen, seit langem würden sie sich gerne verpartnern, aber sie können nicht. Denn Britta arbeitet in einem katholischen Pflegeheim, dort gilt das kirchliche Arbeitsrecht, es droht den Mitarbeitenden im Falle der Verpartnerung mit Kündigung. Der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz erklärte schon 2002 unmissverständlich „das „Rechtsinstitut der Lebenspartnerschaft (...) widerspricht der Auffassung über Ehe und Familie, wie sie die Katholische Kirche lehrt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im kirchlichen Dienst, gleich ob sie der Katholischen Kirche angehören oder nicht, die nach diesem Gesetz eine ‚eingetragene Lebenspartnerschaft‘ eingehen, verstoßen dadurch gegen die für sie geltenden Loyalitätsobliegenheiten.“ Es ist unglaublich: Mit der Kündigungsdrohung wird ein vom Staat anerkanntes familienrechtliches Institut von der Katholischen Kirche faktisch außer Kraft gesetzt.

Der LSVD wird verstärkte Anstrengungen unternehmen, um die Betroffenen zu unterstützen. Im Sommersemester 2011 startet die Pressestelle des LSVD in Kooperation mit der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität in Berlin ein

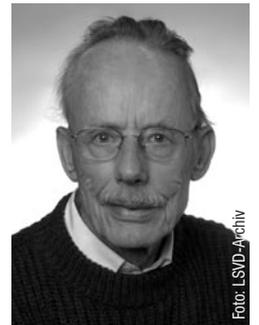
Forschungsprojekt zu diesem Problembereich. Die Kooperation wird von unserem Mitglied, Rechtsanwalt Dirk Siegfried, fachlich begleitet. „Die Privilegien der Kirche müssen hinterfragt werden. Viele der Arbeitsplätze sind zu einem großen Teil staatlich finanziert. Es kann nicht sein, dass die Kirche staatliche Gelder dazu benutzt, ein staatlich geschaffenes Rechtsinstitut zu unterlaufen und Lesben und Schwule zu diskriminieren“, fordert der engagierte Jurist.

Lesben und Schwule, die im kirchlichen Dienst arbeiten, leiden unter der Einschüchterungspraxis. Das Verbot der Verpartnerung empfinden sie als vollkommen ungerecht. „Dass die Kirche Menschen den Verlust des Arbeitsplatzes androht, wenn sie Verantwortung füreinander übernehmen“ sei, so Dirk Siegfried, „besonders verlogen.“ Zudem müssen die Betroffenen auf Zulagen und Vergünstigungen verzichten, können das gemeinsame Heim nicht erbrechtlich schützen und selbst im Krankheitsfalle nicht für den Partner oder die Partnerin sprechen.

Bislang gibt es die Möglichkeit heimlich zu heiraten, das heißt: keine große Feier, keine öffentliche Ankündigung und bloß keine Zeremonie in der

Kirche. Wichtig ist zudem, den Meldebehörden und dem Standesamt zu schreiben, dass sie die Veränderung nicht dem Arbeitgeber mitteilen. Aber die Angst bleibt: Kollegen können es weiter erzählen, der Arbeitgeber bemerkt es durch Zufall, und auch die Gleichstellung in der Einkommensteuer könnte gefährlich werden. In dem Projekt Law Clinic werden drei Studierende an Beispielfällen die Praxis der Diskriminierung durch den Arbeitgeber Kirche bearbeiten, entsprechende Gutachten verfassen und damit die Vorarbeit für konkrete Klagen leisten.

*\*Namen von der Redaktion geändert*



**Manfred Bruns**  
LSVD-Bundesvorstand

Foto: LSVD-Archiv



**3+** Eintrittskarte

Eintreten in den LSVD und die Aktion 3+ unterstützen!

[www.artikeldrei.de](http://www.artikeldrei.de)



Lesben- und Schwulenverband  
Postfach 10 34 14  
50474 Köln

## Ja, ich trete in den LSVD ein!

Programm und Satzung des LSVD erkenne ich an. Ich zahle einen monatlichen Beitrag\* von

€ 10     € 15     € 30     0 € \_\_\_\_\_

\*Monatlicher Regelbeitrag € 10, für Nichtverdiener/innen € 2,50

### **Einzugsermächtigung**

Mein Mitgliedsbeitrag soll viertel-/halb-/jährlich von meinem Girokonto abgebucht werden. Diese Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen werden.

Konto-Nr.: ..... BLZ: .....

bei Geldinstitut: ..... Kontoinhaber/in: .....

Name: ..... Geburtsdatum (optional): .....

Anschrift: ..... Tel.: .....

**Ja, ich möchte den LSVD-Newsletter an folgende E-Mail erhalten:** .....

Ort, Datum, Unterschrift .....

# Zunehmende Unterstützung

Sexuelle Identität und Menschenrechtsschutz auf UN-Ebene

VON KLAUS JETZ

**„Wir müssen der Verfolgung von Menschen wegen ihrer sexuellen Identität eine klare Absage erteilen, ebenso Festnahmen, Inhaftierungen oder Hinrichtungen von Menschen, allein weil sie lesbisch, schwul, bisexuell oder Transgender sind. (...) Menschenrechte sind überall Menschenrechte und gelten für jeden Menschen.“**

**UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon,**  
im UN-Menschenrechtsrat in Genf am 25. Januar 2011

In den vergangenen gut drei Jahren gab es zum Thema sexuelle Identität und Menschenrechte drei Höhepunkte auf UN-Ebene: Im Dezember 2008 waren die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen (LGBTI) erstmals Thema der UN-Vollversammlung in New York. 66 Staaten aus allen Erdteilen schlossen sich einer französischen Initiative an und forderten in einer gemeinsamen Erklärung ein Ende der Menschenrechtsverletzungen an sexuellen Minderheiten. Ein homophober Gegenentwurf arabischer Staaten fand „nur“ 56 Unterstützer.

Ende 2010 hatte sich die UN-Vollversammlung in New York mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, in einer Resolution zu extralegalen und willkürlichen Hinrichtungen von Minderheitsangehörigen das Merkmal „sexuelle Orientierung“ wieder aufzunehmen, nachdem es zuvor afrikanischen und islamischen Staaten gelungen war, die „sexuelle Orientierung“ in dieser Menschenrechtsresolution zu streichen.

Vergangenen März hat sich der UN-Menschenrechtsrat in Genf mit dem Thema auseinandergesetzt. 85 Ländervertreter, mehr als je zuvor, forderten in einer gemeinsamen Erklärung, die Kolumbien vorgetragen hatte, alle Staaten auf, „Schritte zu unternehmen, um Gewaltakte, strafrechtliche Verfolgung und ähnliche Menschenrechtsverletzungen zu beenden, die an Individuen begangen werden wegen ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität“.

Wir hatten im Vorfeld das Auswärtige Amt gebeten, sich aktiv an der Überzeugungsarbeit von potentiellen Unterstützerstaaten zu beteiligen, was auch zugesagt worden war. Zudem hatten wir zusammen mit 119 Nichtregierungsorganisationen (darunter 19 mit UN-Status) aus aller Welt die Initiative mit einer gemeinsamen NGO-Erklärung unterstützt, die im UN-Menschenrechtsrat vorgetragen wurde.

Zu den 85 Unterstützerstaaten gehörten außer Europa und Nordamerika auch alle lateinamerikanischen Staaten außer Peru sowie 16 asiatisch-pazifische Länder. Als erstes Land der sehr homophoben englischsprachigen Karibik unterzeichnete Dominica die gemeinsame Erklärung. Es war ein starkes Votum des UN-Menschenrechtsrats, das nur dadurch getrübt wurde, dass die fünf europäischen Staaten Aserbaidschan, Belarus, Moldawien, Russland und Türkei ihre Unterschrift unter das Dokument verweigerten. Der Vatikan verlas eine gewundene Stellungnahme, bei der zwischen den Zeilen anklang, die Kriminalisierung homosexuellen Verhaltens könne eventuell legitim sein. Nach der Erklärung des Vatikans 2008 für eine Entkriminalisierung in der Vollversammlung ist dieser Rückschritt enttäuschend.

## Rückblick

Dennoch: Die Unterstützung der Weltgemeinschaft für die Rechte von LGBTI und die Entkriminalisierung homosexueller Handlungen wächst kontinuierlich. 2003 hatte die brasilianische Regierung einen Resolutionsentwurf „Sexuelle Orientierung und Menschenrechte“ in die damalige UN-Menschenrechtskommission eingebracht. Es ging um das Prinzip der Universalität der Menschenrechte und um Rechte, die jedem Menschen durch Geburt zustehen, um ein Verbot jeglicher Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und um das Prinzip, dass sexuelle Vielfalt integraler Bestandteil der Menschenrechte ist. Schon damals hatte der Vatikan zusammen mit der Organisation der Islamischen Konferenz gegen die brasilianische Initiative Stimmung gemacht, mit der Folge, dass die Resolution auf 2004 vertagt und unter dem Druck arabischer Staaten 2005 formell beerdigt wurde. Dennoch war die Zahl der Unterstützer für die Thematik stetig gewachsen, von zunächst 27 in 2003 auf 54 Staaten in 2005.

Das Menschenrechtsthema auf UN-Ebene beschäftigt uns seit einigen Jahren. 2006 erhielt der LSVD offiziellen Beraterstatus im UN-Wirtschafts- und Sozialausschuss. Seither nehmen wir verstärkt Einfluss durch Überzeugungsarbeit, Memoranden, Kooperationen und die Abgabe von Erklärungen oder Stellungnahmen. Gemeinsame Erklärungen im UN-Menschenrechtsrat bieten die wertvolle Gelegenheit, sozusagen auf der Weltbühne auf die Menschenrechtsverletzungen an LGBTI in aller Welt aufmerksam zu machen und den Menschenrechtsschutz von LGBTI zu stärken. Daran werden wir auch in Zukunft kräftig mitbauen.



**Klaus Jetz**  
Geschäftsführer des LSVD

# Tödlicher Hass

Kooperation mit dem House of Rainbow

VON AXEL HOCHREIN UND KLAUS JETZ

**N**igeria – das bevölkerungsreichste Land Afrikas wird gerne als Spiegelbild des gesamten Kontinents betrachtet: Enorme Vielfalt in Bezug auf Religionen, Sprachen, Ethnien und Kulturen einerseits, und andererseits Probleme, Unruhen und Katastrophen, enormer Reichtum an Bodenschätzen, aber extreme Armut der Bevölkerungsmehrheit. Zugleich sind hier, wie in den anderen afrikanischen Staaten, feindliche Einstellungen gegen Lesben, Schwule, bi-, trans und intersexuelle Menschen (LGBTI) sehr ausgeprägt und verbreitet. Der westafrikanische Vielvölkerstaat zählt zu den homophobesten Staaten weltweit.

Einvernehmliche homosexuelle Handlungen zwischen erwachsenen Männern werden mit langjährigen Haftstrafen geahndet. In den 12 nördlichen Bundesstaaten gilt seit 2000 die Scharia, danach können Lesben und Schwule zu Auspeitschung oder Steinigung verurteilt werden. Es gibt kein Gesetz, das Lesben und Schwule vor Gewalt schützt. Die „People’s Democratic Party“ und die „All Nigeria Peoples Party“, die beiden stärksten politischen Parteien, sind ausgesprochen feindselig gegenüber Homosexuellen eingestellt. Regierung und Gesetzgeber unternahmen in den vergangenen Jahren immer wieder Schritte, um das ohnehin rigide Strafgesetz weiter zu verschärfen. Der letzte Versuch wurde 2009 durch die Präsidentschaftswahlen unterbrochen. Es kann jederzeit wieder losgehen.

Islamische und christliche Geistliche ziehen in Nigeria an einem Strang, wenn es um die Verfolgung von Homosexuellen geht. Im Anhörungsverfahren zu dem „Same Sex Marriage (Prohibition) Act“, ein Gesetzentwurf zur Verschärfung bestehender Strafgesetze, schrieb die Anglikanische Kirche, gleichgeschlechtliche Partnerschaften seien „unafrikanisch und unnigerianisch“, eine „Abartigkeit, die dazu geeignet ist, sozialen und kulturellen Holocaust in diesem Land zu betreiben.“

## Arbeit im Verborgenen

Unter diesen Umständen müssen Lesben- und Schwulengruppen meist im Verborgenen oder unter dem Dach anderer Menschenrechtsorganisationen arbeiten. Das öffentliche Eintreten für die Rechte von LGBTI kommt einem Outing und mithin sozialer Ächtung gleich. Unser langjähriger Kooperationspartner, das House of Rainbow in Lagos, sieht sich auch als eine christliche Organisation, die gezielt LGBTI unterstützt. Es ist ein Projekt der Metropolitan Community Church. Dort werden Seminare und Workshops zu HIV- und Aids-Präventionsarbeit, Coming-out-Beratung und Homosexualität und Religion durchgeführt. Am 12. September 2008 publizierten verschiedene Zeitungen Namen, Adressen und Fotos von 12 Mitgliedern des House of Rainbow. In der Folge wurden die Aktivistinnen und Aktivisten bedroht, geschlagen und mit Steinen beworfen. Eine Frau wurde das Opfer der Übergriffe von 11 Männern. Keiner der Überfälle ist bislang von den Strafverfolgungsbehörden untersucht worden.

Reverend Rowland Jide Macaulay, Gründer und Pastor des House of Rainbow, lebt in Nigeria und Großbritannien. Seit vielen Jahren vertritt er die Rechte der Homo- und Transsexuellen Nigerias auf internationalen Foren. So etwa im Dezember 2008 bei der von der Hirschfeld-Eddy-Stiftung, ILGA und

dem Auswärtigen Amt organisierten Delegationsreise zur UN nach New York. Seither arbeitet die Hirschfeld-Eddy-Stiftung eng mit dem House of Rainbow zusammen. Viele kennen Jide Macaulay, den „Happy Holy Homosexual“ als begeisternden Gastredner auf dem Festakt zum 20. Geburtstag des LSVD im vergangenen Jahr.

2010 bewilligte das Auswärtige Amt der Hirschfeld-Eddy-Stiftung Mittel für ein Projekt mit dem Titel „Aufklärungs- und Akzeptanzarbeit für sexuelle Minderheiten in Nigeria“. Kooperationspartner ist das House of Rainbow. In Lagos wurden in einigen Workshops Themen wie Sicherheit und Safer Sex sowie Online Dating, Gesundheitsprävention, Gefahren und Selbstschutz, Steigerung des Selbstwertgefühls und Selbstvertrauens diskutiert. In Plenen ging es um Themen wie homophobe Gewalt, Überblick über die Kriminalisierung von Homosexualität in Nigeria, Muster sexuellen Verhaltens, Versöhnung von Spiritualität, Glauben und Sexualität.

## Stärken und schützen

In diesem Jahr ist es uns gelungen, beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für das House of Rainbow Mittel einzuwerben für das Projekt „Beratung und Menschenrechtsbildung für sexuelle Minderheiten in Nigeria“. In diesem Projekt, das in Lagos, Abuja und Ibadan durchgeführt wird, geht es um die Stärkung der Selbstakzeptanz und des Selbstwertgefühls von LGBTI durch Coming-out-Beratung und Aufklärung zu den Themen Homosexualität und menschliche Sexualität, Safer Sex, Gesundheitsaufklärung und HIV-Präventionsarbeit, Homosexualität und Religion und Menschenrechte. Eine weitere Säule der Projektarbeit ist die Allianzenbildung und Information für Multiplikatoren aus der Zivilgesellschaft, die sensibilisiert und von der Relevanz des Themenkomplexes LGBTI, Homosexualität und Menschenrechte überzeugt werden sollen.

Die Inhalte dieser in Teilen niedrigschwelligen Angebote und Maßnahmen werden weiterwirken, denn das Projekt zielt auf Kompetenztransfer und Multiplikatoren-schulung. Ganz wichtig ist uns dabei, die Teilnehmenden zu schützen und zu stärken. Wir ermuntern sie dabei, diesen Aspekt nicht zu vergessen, in Nigeria muss immer mit staatlicher und gesellschaftlicher Bedrohung gerechnet werden.

**House of Rainbow**  
Beratung und Gottesdienst  
für Lesben, Schwule und  
Transgender in Nigeria



# Schwule im arabischen Frühling

„Die wahre Revolution steht uns noch bevor.“

VON KLAUS JETZ

Seit Monaten schaut die Welt fasziniert auf die Aufstände im Nahen Osten und in Nordafrika. Erschütternd ist die brutale militärische Gewalt, mit der die Regime in Libyen oder Syrien die eigene Bevölkerung massakrieren. Dennoch ist die Hoffnung auf eine Demokratisierung der gesamten Region groß. Welche Hoffnungen hegen Lesben und Schwule zwischen Teheran und Tanger, was erwarten sie vom arabischen Frühling? Wir haben drei Aktivisten gefragt, wollten wissen, wie sie die Zeitenwende erleben.

„Die Menschen in der Region wollen endlich grundlegende Menschenrechte, Freiheit und wahre Demokratie“, schreibt uns ein Aktivist aus Kairo, der anonym bleiben will. Der Kampf für die Befreiung von totalitären Regimes gleiche dem, was in Osteuropa vor 20 Jahren stattfand. Differenzierter sieht das Hossein Alizadeh, der aus dem Iran stammt und seit über zehn Jahren in den USA lebt, wo er für die International Gay and Lesbian Human Rights Commission IGLHRC den Kontakt zu Menschenrechtsverteidigerinnen und Aktivisten aus dem Nahen Osten und Nordafrika hält. In Osteuropa habe es große finanzielle und gesellschaftliche Unterstützung aus dem Westen gegeben, um der Demokratie zum Erfolg zu verhelfen. Im Nahen Osten und Nordafrika müsse in sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht noch viel passieren, bevor die Gesellschaften reif seien für den demokratischen Übergang. Zudem seien Religion und Traditionen die stärksten Kräfte in diesen Gesellschaften.

Es verwundert nicht, dass die befragten Aktivisten die homosexuellenfeindlichen Einstellungen in ihren Gesellschaften als Hauptproblem ausmachen. „Die marokkanische Gesellschaft ist sehr religiös und eine der konservativsten der Welt. Die Religion hat großes Gewicht in Politik und Gesellschaft“, so Samir Bargachi, ein junger Journalist und Aktivist aus Tanger. Auch der Aktivist aus Kairo meint, die Gesellschaft sei „konservativer, rückschrittlicher, homophober und weniger tolerant gegenüber Menschen mit einer anderen sexuellen Identität oder einer anderen Religion. Das hat sich auch nicht geändert während oder nach der Revolution.“ Die ägyptische Gesellschaft sei patriarchalisch, fördere dominante Männlichkeit, Sexualität sei ein Tabu. „Man kann schwulen Sex haben oder bisexuell sein, aber man darf nicht drüber reden, aus Furcht vor den rigiden Traditionen. All das trägt zur Intoleranz gegen alle bei, die anders sind.“

Hossein schreibt, die gesamte Region sei zutiefst homophob, das Ausmaß der Verfolgung und Diskriminierung sei von Land zu Land sehr unterschiedlich. „Im Iran oder in Saudi-Arabien steht auf schwulen Sex die Todesstrafe, andere Länder, etwa Marokko oder Syrien, sehen Haftstrafen vor. In Ländern ohne homophobe Strafgesetze, Ägypten, Jordanien, Türkei, greifen die Behörden bei der Verfolgung auf vage Moralbestimmungen oder Betrugsvorwürfe zurück.“ Egal wie das Strafrecht aussieht, so Hossein, „in fast allen Ländern der Region sind die gesellschaftliche Diskriminierung und kulturelle Ächtung von Homosexuellen ein schmerzlicher Teil des Lebens.“

Dennoch sind die Hoffnungen groß. Hossein spricht von einem regionalen Dialog der Aktivisten. Das Internet spiele eine große Rolle. „Aktivisten aus der Region kamen zusammen und stießen einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch an. Im Libanon, Iran, in Palästina und der Türkei haben sie eine neue Sprache über Homosexualität geschaffen, die eine jahrhundertealte abwertende Terminologie ersetzt. In einigen liberalen

religiösen Zirkeln haben Gelehrte damit begonnen, uralte Vorstellungen von Homosexualität als Sünde zu hinterfragen.“ Natürlich habe man noch einen weiten Weg vor sich, jetzt müssten Bündnisse mit modernen Kräften, auch religiösen Gruppen geschmiedet werden. Denn die Unterstützung durch Religionsgelehrte mache es homophoben Gruppen schwer, homosexuelle Aktivisten als unislamisch abzulehnen.



**Samir Bargachi**

Journalist und Aktivist aus Tanger

Samir meint, zurzeit gebe es in Marokko eine „reife und interessante Debatte über individuelle Freiheiten“. Er sehe für Marokko nicht die Gefahr einer Radikalisierung in Richtung politischer, fundamentalistischer Islamismus. „Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass der Wandel nicht in einen islamistischen Staat führt. Aber in den Nachbarländern ist diese Gefahr größer.“ Der Kairoer Aktivist schreibt, man habe Angst davor, „dass eines Tages Islamisten das Land übernehmen könnten, was eine riesige Enttäuschung wäre für alle Ägypter, egal ob homo- oder heterosexuell, die für einen säkularen Staat gekämpft haben.“

Die Gefahr sieht auch Hossein: „Was im Irak passierte, kann sich in anderen Ländern wiederholen: Ein brutaler weltlich orientierter Diktator tritt ab und islamistische Gruppen übernehmen. Sie zeichnen sich nicht durch Toleranz gegenüber Frauen, Homosexuellen oder christlichen Minderheiten aus. Wenn sie andere gesellschaftliche Kräfte unterdrücken, dann wird der demokratische Prozess nur ein kurzlebiger sein und einer Theokratie wie im Iran weichen.“

Und was erwarten sie von Europa? Internationale Solidarität, partnerschaftliches Miteinander, eindeutige Unterstützung für den Reformprozess, für die Menschenrechte. Und die muss dauerhaft sein. Darin sind die drei sich einig. „Ich erwarte, dass Deutschland und Europa die ägyptische Revolution, unsere Forderung nach einer neuen Verfassung und nach einem säkularen Rechtsstaat unterstützen, der die Menschenrechte, Vielfalt und Wahlfreiheit achtet“, heißt es aus Kairo. „Die Revolution ist ja nicht vorbei, die wahre soziale und politische Revolution steht uns noch bevor.“

# Gar nicht so einfach

Umsetzung der Menschenrechte sexueller Minderheiten

VON RENATE RAMPF UND KLAUS JETZ

Entwicklungshilfe lohnt sich für die Geberländer, denn das Meiste wird in die wirtschaftliche Zusammenarbeit investiert. Kein Industrieland könnte es sich leisten, die finanzielle Unterstützung für die Regierungen, die Wirtschaft und Teile der Zivilgesellschaft anderer Länder einzustellen. Dennoch, die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist immer mehr unter Legitimationsdruck. Das Feld ist hoch umstritten: Mehr Engagement für den globalen Süden fordern die einen, weniger politische Einflussnahme die anderen. In diesem Kontext spielen die Menschenrechte eine immer wichtigere Rolle. So hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Frühjahr dieses Jahres einen Entwurf für ein Menschenrechtskonzept vorgestellt, zivilgesellschaftliche Organisationen wurden um Kommentierung gebeten, auch der LSVD brachte Vorschläge ein. Schon im Entwurf zeigte sich, dass sich unsere beharrliche Arbeit gelohnt hat, an mehreren Punkten werden die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Transgender und intersexuellen Menschen (LGBTI) erwähnt, konkrete Forderungen und Vorhaben werden formuliert.

## Vernetzung statt Ausgrenzung

Die Menschenrechte sollten das Fundament der gesamten deutschen auswärtigen Politik sein. Hin und wieder kann man den Eindruck gewinnen, dass dies der Fall ist, etwa wenn das Auswärtige Amt unterstützende Maßnahmen ergreift, in der UN Stellung bezieht und Botschaftsangehörige sich für Lesben und Schwule engagieren. Zugleich werden auch Kürzungsdrohungen immer mehr mit dem Hinweis auf Menschenrechtsverletzungen begründet. So haben die USA und europäische Staaten gegenüber Staaten wie Uganda, Malawi und Nigeria angedroht, Gelder zu streichen, wenn die Verfolgung von Lesben und Schwulen verstärkt werde.

Die betroffenen Lesben und Schwulen bringen solch rigorose Reaktionen bisweilen in eine sehr ambivalente, ja schwierige Situation. Sie freuen sich über die internationale Unterstützung. Aber diese Art der Einflussnahme kann auch den Gegnern in die Hand spielen, weil diese nun erneut Lesben und Schwule zu Sündenböcken machen können. So heißt es dann, gerade auch in Zeiten lokaler Wahlkämpfe, sie seien für den schlechten Ruf ihres Landes oder gar den Verlust finanzieller Unterstützung verantwortlich. Um diese Ausgrenzung zu verhindern, müssen solidarische Netzwerke einbezogen und gefördert werden. So arbeitet unsere Partnerorganisation Sexual Minorities Uganda (SMUG) mit 24 lokalen Organisationen zusammen. Gemeinsam machen sie sich stark gegen die drohende Verschärfung des homophoben Strafrechts. Sie haben die gesamte Menschenrechtslage im Blick und lassen sich nicht auseinander dividieren, versuchen dafür Sorge zu tragen, dass in schwierigen Zeiten vor und nach Wahlen nicht eine Gruppe zur Zielscheibe des repressiven Staatsapparates wird.

Auch in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit muss mehr Vernetzung stattfinden: Die zahlreichen in Uganda aktiven EZ-Organisationen müssen sich für die Akzeptanz homosexueller und transsexueller Menschen stark machen, gegenüber ihren Partnerorganisationen für die Unterstützung und den Schutz von Lesben, Schwulen und Transgender werben und klar machen, dass die Menschenrechte universell und unteilbar sind und für alle gelten.

## Ausschreibung des BMZ

Im BMZ gibt es seit Jahren ein Querschnittsreferat für Menschenrechte. Dennoch spielten LGBTI-Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit bislang kaum eine Rolle. So musste das BMZ noch auf dem Fachtag Regenbogenphilanthropie im letzten Herbst zugestehen, es sei kein LGBTI-Projekt gefördert worden. Umso erfreulicher ist es, dass aus dem Haus nun eine spezielle Ausschreibung veröffentlicht wurde. Die neue NRO-Fazilität Menschenrechte umfasst ein Volumen von 3 Millionen Euro für das laufende Jahr. Darin wird eine Förderung von Projektvorschlägen insbesondere zur „Umsetzung der Menschenrechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten“ angekündigt.

Die Hirschfeld-Eddy-Stiftung hat dazu aufgerufen, das Programm aktiv und intensiv zu nutzen. Wir bieten Zusammenarbeit an und erarbeiten Handreichungen. Nun wird es darauf ankommen, wie das BMZ-Programm unterfüttert wird. Denn die Frage, wie Menschenrechtsarbeit mit Bezug auf sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität in die Entwicklungszusammenarbeit eingebunden werden kann, ist keineswegs einfach zu beantworten. Bislang sind Förderrichtlinien so gefasst, dass Projekte in Verfolgerstaaten meist herausfallen, etwa weil Nachweise für die Nachhaltigkeit der Arbeit gefordert werden – aber welches LGBTI-Menschenrechtsprojekt in einem Verfolgerstaat kann das schon so einfach aufzeigen? Schließlich bohren sie keine Brunnen und bauen auch kein Hospital, sondern sensibilisieren für Menschenrechte und benötigen Schutz. Auch die komplizierten verwaltungsrechtlichen Anforderungen – eine Wissenschaft für sich – stellen für Viele eine Hürde dar. Zudem sind Vorurteile und Unkenntnis der schwullesbischen Welt auch in der deutschen EZ weit verbreitet.

Mit der Unterstützung der Stiftung Dreilinden gGmbH wird die Hirschfeld-Eddy-Stiftung ein Projekt zur besseren Vernetzung der LGBTI inkludierenden Menschenrechtsarbeit in der deutschen auswärtigen Politik aufbauen. Dabei geht es uns auch darum, den Anteil des Finanzvolumens zu vergrößern, der für LGBTI-Projekte zur Verfügung steht. Viele Milliarden Euro werden derzeit von den Regierungen weltweit für die EZ ausgegeben. Sehr wenig im Vergleich dazu, was für Militär und Rüstung verwendet wird. Wir arbeiten daran, dass ein angemessener Teil der Entwicklungshilfe endlich auch Lesben, Schwule, Transsexuelle und intersexuelle Menschen erreicht.



HIRSCHFELD-EDDY-STIFTUNG

**RESPEKT STIFTEN!**

Stiftung für Menschenrechte von Lesben, Schwulen und Transgender

Konto Nr. 5010000 Bank für Sozialwirtschaft BLZ 370 205 00  
www.hirschfeld-eddy-stiftung.de

# Diktatur light

Ungarns Konservative beschränken die Demokratie

VON RENATE RAMPF



Der Ministerpräsident Ungarns, Viktor Orbán, zurzeit auch EU-Ratspräsident, ist ein Freund der heterosexuellen Familie. Er mag auch konservative Werte und ein starkes nationales Selbstwertgefühl. All dies hat er nun in der neuen Verfassung Ungarns ausdrücklich schützen lassen. Die „Orbán-Verfassung“ empört nicht nur die Opposition, sondern auch die Zivilgesellschaft und die Intellektuellen Ungarns. Gegenstand der Kritik ist vor allem die Präambel, in der die Nation erhaltende Kraft des Christentums, die Einheit der Nation sowie die Familie und die Heilige Krone beschworen werden.

„Nachdem der Entwurf für die Orbán-Verfassung bekannt wurde, gab es zahllose Großdemonstrationen gegen das Vorhaben“, sagt Milán Rózsa vom Budapest Pride Team. „Wir haben die Gay Equality Coalition gegründet, um unsere Kräfte effektiver zu bündeln und uns gemeinsam an den Demonstrationen beteiligt. Aber was konnten wir machen? Die regierende Fidesz Partei hat eine Zweidrittelmehrheit.“ In den deutschen Medien werden die Umwälzungen in Ungarn gerne „konservative Revolution“ genannt, Milán betrachtet es als „Diktatur light“, es gebe keine politische Meinungsbildung, die Mehrheit mache einfach, was sie wolle.

## Ehe zwischen Mann und Frau

Seit 2009 gibt es in Ungarn die Eingetragene Lebenspartnerschaft mit annähernd gleichen Rechten, aber ohne Adoptionsrecht. Ab dem 1. Januar 2012 wird nun die Ehe als „Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau“ geschützt. Zuvor hatte die Regierung Orbán bereits ein restriktives Mediengesetz verabschiedet. Es verlangt von Presse und Fernsehen eine „Ausgewogenheit“ der Berichterstattung und die Erfüllung von „Informationspflichten“, was von einer Zensurbehörde kontrolliert werden soll. Auch das Mediengesetz verlangt, dass Familien gefördert werden sollen. „Nach der Verfassung sind in Zukunft Ehe und Familie als etwas zwischen Mann und Frau definiert, was passiert also, wenn ein gleichgeschlechtliches Paar mit Sohn oder Tochter im Fernsehen gezeigt wird? Wird das illegal sein?“ fragt Milán Rózsa.

## Mehrheiten hetzen gegen Minderheiten

Orbán hetzt gegen Lesben und Schwule: „Wir tolerieren alle Lebensformen, aber das bedeutet nicht, dass wir die Ausnahme zur Regel erheben“. Und er bemüht gleich noch mal den rassistischen Mythos von der drohenden Diktatur der Minderheit: Es sei auch zu beachten, „dass der Zulauf zu den radikalen Parteien in Europa auch damit zu tun hat, dass Teile der Bevölkerung den Eindruck haben, die Tendenz gehe dahin, dass die Minderheit die Mehrheit nur noch toleriere.“ Gleichstellung, so die perfide Logik, diene der Homosexualisierung der Gesellschaft. Tatsächlich ist es genau umgekehrt: Verachtung und Hass treffen die Minderheiten in Ungarn, homosexuellenfeindliche Äußerungen insbesondere von der regierenden Fidesz- Partei sind keine Seltenheit.

2007 und 2008 kam es in Budapest zu gewalttätigen Angriffen auf Teilnehmende der Pride-Paraden durch rechtsradikale Randalierer. Das schärfte die Aufmerksamkeit und führte dazu, dass seit 2009 Hass-Verbrechen unter Strafe stehen. Ganz besonders gefährdet sind auch die Roma, sie sind immer wieder gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Internationaler Druck und die Verschlimmerung der Situation führten dazu, dass das Parlament Anfang Mai einen Zusatz in das Strafgesetz eingefügt hat. Danach ist nun auch „einschüchterndes Verhalten gegenüber ethnischen, rassistischen, religiösen oder anderen Gruppen“ verboten. Tamás Dombos von Hättér, einem Unterstützungsnetzwerk für LGBT, meint, die neue Bestimmung könne auch für den Schutz von Lesben und Schwulen in Anspruch genommen werden. Denn der neu eingefügte Paragraf 1a entspräche in Wortwahl und Tenor dem vorangehenden Paragraf 1 des Strafgesetzbuchs. Dessen Schutzbereich umfasst laut Verfassungsgericht auch Lesben und Schwule, auch die Strafverfolgungsbehörden wenden ihn, wenn auch nur selten, so an.

Große Hoffnungen werden auch an die Veranstaltungen zum CSD in Budapest geknüpft. Durch die EU-Ratspräsidentschaft, so Maria Kristófy vom Lesbenprojekt „Labrisz“, richte sich die Aufmerksamkeit der internationalen Medien nach Ungarn. Das will das Team vom Budapest Pride nutzen. Maria und Milán haben daher den LSVD sowie die Freundinnen und Freunde aus Deutschland ausdrücklich eingeladen, den CSD in der ungarischen Hauptstadt zu unterstützen.

## Budapest Pride vom 11.- 19. Juni 2011

Der LSVD wird auf Einladung von Maria Kristófy und Milán Rózsa vom Budapest Pride Team an der Gay Pride-Parade teilnehmen.

Information unter: [konny.gerhard@lsvd.de](mailto:konny.gerhard@lsvd.de)

## WEIL UNS ALLE LIEBE VEREINT

Der CSD SaarLorLux 2011 in Saarbrücken

Der 22. bis 24. Juli gehört in den Regionen Saarland, Lothringen und Luxemburg den Schwulen und Lesben. Aufgrund der überwältigenden Resonanz im letzten Jahr veranstaltet der LSVD Saar den CSD SaarLorLux 2011 wieder im Szeneviertel, der Mainzer Straße. Hier wird eine Regenbogenallee mit zahlreichen Ständen und an deren Spitze eine große Open Air Bühne entstehen.

Zum Auftakt in das CSD Wochenende gibt es am Freitag, den 22. Juli, gleich zwei Warm Up Partys: in der Alten Schreinerei und in der XL Sauna. Am Samstag wird Stephan Runge zusammen mit Claus Vinçon, der schwulen „Käthe“ aus der Lindenstraße, auf der Bühne in der Mainzer Straße stehen. Außerdem sorgen City Jam wie im letzten Jahr wieder für gute Stimmung. Am Sonntag werden u.a. Rockerin Steffi List, Electro-Lady Katja von Kassel, Travestiestar Daphne de Luxe und die Kultschlagerband Die Kusinen auftreten.

Neben dem Straßenfest veranstaltet der LSVD Saar die traditionelle Gay Pride Party am Samstagabend, den 23. Juli, in der Saarbrücker Garage. Am Sonntag findet ab 15 Uhr die Parade durch die Saarbrücker Innenstadt statt. Alle aktuellen Informationen und das vollständige Programm steht ständig aktuell auf [saar.lsvd.de](http://saar.lsvd.de).

### Stephan Runge und Claus Vinçon

Lindenstraße meets Mainzer Straße: Seit dem „geilsten Arsch der Welt“ sind die beiden aus der schwulesbischen Szene nicht mehr wegzudenken.



Foto: K.Alcan

### Steffi List



Bei einer Castingshow wurde Steffi List vor ein paar Jahren von Stefan Raab entdeckt. Mittlerweile hat sie drei Alben veröffentlicht. In Saarbrücken präsentiert sie ihr neuestes Werk.

### Die Kusinen

Eine lange Anfahrt: Die Kusinen kommen aus Berlin. Sie stehen seit 15 Jahren gemeinsam auf der Bühne. Ihre Auftritte: berüchtigt als rauschende Schlagerfeste.



## Ein starkes Zeichen für Respekt

Änderung der saarländischen Verfassung

Nach jahrelangem Engagement des LSVD Saar für eine Verfassungsänderung im Saarland freut sich dessen Vorstand: „Der Schutz, den Homosexuelle ab sofort im Saarland genießen, hat nunmehr Verfassungsrang. Damit wurde ein starkes Zeichen für Akzeptanz, Toleranz und Respekt für die Würde gleichgeschlechtlich Liebender gesetzt. Die Entscheidung des Saarlandes hat Vorbildfunktion. Sie wird helfen, in den Köpfen der Menschen etwas zu verändern.“

Die Verfassungsänderung wurde im saarländischen Landtag von allen Parteien einstimmig beschlossen. Nun fordert der LSVD Saar alle (saarländischen) Bundestagsabgeordneten dazu auf, dieser Erweiterung auch im § 3 Absatz 3 des Grundgesetzes zuzustimmen. LSVD Saar - Vorstandsmitglied Hasso Müller - Kittnau hat in dieser Ausgabe einen Artikel zu der Verfassungsänderung veröffentlicht.

## 400 Sänger erobern Saarbrücken

Chorfestival „SaarQueerele“ 2012 im Saarland

Auf Einladung des „Gemischten Saarbrücker Herrenchors“ und des „Gemischten Saarbrücker Damenchores“ singen 400 Lesben und Schwule im Rahmen des Chorfestivals „SaarQueerele“ vom 7. bis 10. Juni 2012 in Saarbrücken. Die Chöre geben ihre Konzerte in der renommierten Congresshalle, werden aber auch die öffentlichen Plätze der Stadt erobern.

Das Festival endet mit einem großen OpenAir Konzert in der Saarbrücker Innenstadt. Weitere Auskünfte, Konzertkarten und Informationen zu Hotelzimmern unter [saar.lsvd.de](http://saar.lsvd.de).



Redaktion: Robert Hecklau, Irene Portugall - Facebook: LSVD Saar e.V.  
LSVD Saar, Mainzer Straße 44, 66121 Saarbrücken - [saar.lsvd.de](http://saar.lsvd.de)  
Telefon: 0681 / 39 88 33 - Mail: [info@checkpoint-sb.de](mailto:info@checkpoint-sb.de)



**Wir erschaffen Wohlfühl-Landschaften...  
Für Ihre Räumlichkeiten,  
für Ihre Feste und  
überall dort, wo Sie sich  
von Ihrer besten Seite  
zeigen möchten...**

Quellenstr. 33 • 66121 Saarbrücken  
Tel.: 0681 / 9476 99 - 24 • [o-haefe.de](http://o-haefe.de)

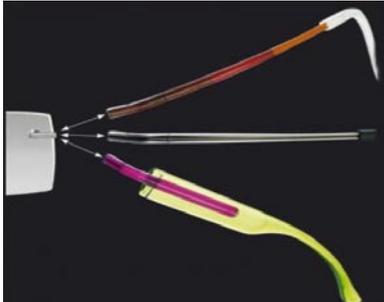
Kulttour präsentiert

**Die Kultparty...**

GAY & LESBIAN PARTY

**WARME NÄCHTE**

garage Saarbrücken



**langweilig  
ist  
anders**

**Wir beraten Sie fachmännisch!**

**ALBAN HOLL GMBH**      **SCHMUCK  
AUGENOPTIK  
SEHBERATUNG**

Pickardstr. 23 • Püttlingen • Tel. (06898) 67264

switch  
it

Gemischtes Publikum      täglich: 15h-1h • Montag: Ruhetag

*History*      **große Speisekarte**

**Bistro**

Inh. Richard Paulus  
OBERTORSTR. 10 • SB      Tel.: 0681 / 3 90 85 82

# VERÄNDERUNG BLEIBT

 **taz.die tageszeitung**

AB SOFORT KÖNNEN SIE DIE GEDRUCKTE TAZ FÜNF WOCHEN LANG FÜR NUR 10 EURO PROBEWEISE ABONNIEREN.  
DAS E-PAPER DER TAZ ERHALTEN SIE EINEN MONAT LANG FÜR 10 EURO IM DIGITALEN ABO.

[www.taz.de/abo](http://www.taz.de/abo) | [abo@taz.de](mailto:abo@taz.de) | T (0 30) 25 90 25 90